

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 28. Juni 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 151 90-151 97.

Bezugspreis:
Stückpreis 4,50 RM., monatlich 1,50 RM.
frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
Monatlich, vom Postamt abgeholt
1,50 RM., vom Briefträger ins Haus ge-
bracht 1,64 RM. Unter Streifenband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2.— RM. für das übrige Ausland
4,50 RM. monatlich. Versand ins Feld
bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
Vorkontierungen nehmen an Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. Einzelnummern in di-
rektbestellungs-Preisklasse.
Versteht täglich.
Telegraphisch-Adresse
„Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
Die Abgebildeten Anzeigen werden
zu 80 % des gewöhnlichen Preises
abgegeben. „Kleine Anzeigen“, das
ist gedruckt Wort 20 Wg. (zwei-
malige Zeile) 10 Wg., jedes weitere
Wort 15 Wg. Stellenanzeigen und
Schließelanzeigen das erste Wort
20 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg.
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Teuerungszuschlag 20 %.
Familien-Anzeigen, politische und
gesellschaftliche Berichte + Anzeigen
50 Wg. die Zeile. Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
SW. 68, Lindenstraße 3, abgelesen
werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis
7 Uhr abends.

Der Kongress der englischen Arbeiterpartei.

Die Jahresversammlung der englischen Arbeiterpartei.

Der Zweck der neuen Parteiverfassung. — Der Sieg als Voraussetzung für endgültigen Frieden. — Aufhebung des Burgfriedens. — Die Arbeiterminister dürfen im Amt bleiben.

London, 26. Juni. Die Jahresversammlung der Arbeiterpartei wurde heute in der Haupthalle von Westminster eröffnet. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der zur Verhandlung stehenden Fragen, wie Aufhebung des Burgfriedens und Angliederung von Berufs- und anderen Vereinigungen an die Partei, waren mehr als tausend Abgeordnete erschienen, eine Zahl, die die der früheren Jahre weit übertrifft. Außer den englischen Abgeordneten sind mehrere hervorragende ausländische Arbeiterführer der Einladung der Arbeiterpartei gefolgt. Unter ihnen befinden sich Hjalmar Branting, der Führer der schwedischen Sozialdemokratie, Albert Thomas, der frühere französische Munitionsminister, ferner der belgische Minister und Vorsitzende des internationalen sozialistischen Bureau's Vandervelde, der Sekretär des internationalen sozialistischen Bureau's Camille Huysmans, der Führer der französischen Mehrheitssozialisten Longuet, und der Führer der französischen Minderheitssozialisten Renaudel. Den Vorsitz führt W. Purdy von der Werksarbeitervereinigung, ihm zur Seite stehen als Sekretäre Arthur Henderson, ferner Sydney Webb, Ramsay MacDonald und andere bekannte Arbeiterführer. In seiner

Eröffnungssprache

sprach der Vorsitzende Purdy: Dies ist die erste Konferenz, die unter der im Februar angenommenen neuen Parteiverfassung stattfindet. Diese Parteiverfassung ist viel kritisiert worden, aber der beste Weg, um die Bewegung zu konsolidieren, war nicht die Bildung einer neuen Partei, sondern die lokale Zusammenarbeit aller Richtungen innerhalb der Partei. Niemand hat der Kongress eine so große Aufgabe vor sich gehabt. Wenn er seine Pflicht nicht erfüllt oder infolge internationaler Zersplitterungen versäumt, die Bewegung so zu leiten, daß sie den höchsten und wichtigsten Interessen der unteren Volksklassen voll auf Genüge tut, so versäumt er eine nie zuvor gebotene Gelegenheit. Eine nationale Partei, wie sie jetzt angestrebt wird, kann nicht auf rein industrieller Grundlage aufgebaut werden. Die Hoffnung der Arbeiter ist eine von einer starken politischen Partei geführte industrielle Organisation. Die Arbeiter müssen eine hervorragende Rolle bei dem sozialen Wiederaufbau spielen. Aber alle Hoffnung auf die Schaffung besserer sozialer und beruflicher Lebensbedingungen nach dem Kriege hat den

Sieg zur Voranschauung.

Dieser Satz erntete allgemeinen Beifall. Purdy fuhr fort: Ich sage das nicht aus Nachsicht, sondern weil die Arbeiterpartei der ganzen Erde für die Beseitigung des Militarismus und des Welt Herrschaftstreibens, die die Politik der Weltmächte seit Generationen beherrschen, alles zu gewinnen hat. Die

Russland und Rumänien auferlegten Friedensbedingungen haben ein helles Licht auf die Friedensbedingungen geworfen, die uns unsere Feinde im Falle ihres Sieges stellen würden. Wir können und wollen solche Bedingungen nicht annehmen. Die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung wollen nur einen endgültigen Frieden. Ihre Kriegsziele zeigen, wofür sie unerbittlich kämpfen. Die von der Arbeiterpartei festgesetzten Grundsätze lassen kein Zugeständnis zu. Sie stellen die Grundsätze dar, durch die nach der Ueberzeugung der Arbeiter ein aufrichtiger Weltfrieden gesichert werden kann.

Zur Frage des Burgfriedens

sprach Arthur Henderson: Zum ersten Mal ist der Burgfrieden am 28. August 1914 auf vier Monate geschlossen und dann wiederholt bis zum Ende des Jahres 1916 erneuert worden. Der Vorschlag, den Burgfrieden für beendet zu erklären, hat keinerlei Widerstand von der Regierung erfahren. Diese hat lediglich um eine klare Aeußerung der Konferenz über diesen Punkt ersucht. Es sei keinesfalls der Wunsch der Arbeiter, die Regierung auszusackeln, wenn sie diese nicht durch ein richtiges Arbeiterkabinett ersetzen könnten.

Während der folgenden Diskussion griff der Präsident des Bergarbeiterverbandes Smillie die Regierung heftig an, weil sie Günstigen der Arbeiterpartei die

Erlaubnis, nach England zu kommen, verweigert
habe. Der Redner sagte, die Arbeiterpartei sei nicht so stark, wie sie sein würde, wenn keines ihrer Mitglieder in der Regierung läge. Der Arbeiterminister Barnes sprach über die Gründe, die gegen die Annahme der Resolution sprachen, und sagte, persönlich würde er es als große Entlastung empfinden, wenn er sein Amt aufgeben könnte, aber er sei in Uebereinstimmung mit dem auf der Arbeiterkonferenz ausgesprochenen Beschluß

der Arbeiterpartei in die Regierung eingetreten und er werde nicht eher gehen, als bis die Arbeiter sich auf ähnliche Weise in anderem Sinne ausdrücken.

Die Resolution, den politischen Burgfrieden aufzuheben, wurde mit 1704 000 gegen 901 000 Stimmen angenommen.

Kerenski auf der Arbeiterkonferenz.

London, 26. Juni. (Neuer.) Kerenski erschien am Nachmittag auf der Arbeiterkonferenz und wurde von Henderson der Versammlung vorgestellt und mit lebhaftem Beifall empfangen. Er sagte:

Ich betrachte den Empfang, der mir zuteil geworden ist, nicht als eine Sympathiebekundung für mich, sondern für die russische Demokratie, die für das uns allen so teure Ideal kämpft. Ich komme direkt aus Moskau und halte es für meine Pflicht als Staatsmann und Sozialist, dem englischen Volke und den Völkern der ganzen Welt mitzuteilen, daß das russische Volk und die russische Demokratie gegen die Tyrannie kämpfen. Das russische Volk kann nicht gebrochen, kann nicht unterdrückt werden. Ich glaube, ja, ich bin dessen sicher, daß das russische Volk sich Ihnen bald für die große Sache der Freiheit anschließen wird.

Als Kerenski seine Rede beendet hatte, fragte ein Delegierter, als wessen Delegierter Kerenski spreche, und fügte hinzu: Wenn Kerenski hat kommen können,

weßhalb durfte Troelstra nicht kommen?

Der Vorsitzende erklärte, daß eine solche Frage gegenüber einem Manne wie Kerenski nicht nur eine Beleidigung, sondern sogar eine große Beleidigung sei. Es entstand ein großer Tumult. Endlich wurde fast einstimmig beschlossen, daß der Delegierte, der die Störung verursacht hatte, weggehen müsse.

Nach Meldungen aus London weiß Kerenski bereits seit voriger Woche in London. Als Henderson ausrief: „Hier ist Kerenski!“ kam es zu stürmischen, langanhaltenden Rundgedungen. Kerenski blieb nur wenige Minuten auf der Konferenz.

Amsterdam, 27. Juni. Ueber die tumultuarische Szene, die sich während des kurzen Verweilens im Konferenzsaal abspielte, wird einem Amsterdamer Blatt noch gemeldet: Henderson hatte den Antrag gestellt, am Donnerstag noch einmal Vrandere, Branting, Albert Thomas, Jean Longuet und neben Renaudel auch Kerenski eine Rede halten zu lassen. Darauf verlangten Abgeordnete der englischen sozialistischen Partei, unter stürmischen Protesten, daß der russische Gesandte der Volkswesten in London, Litwinow, ebenfalls sprechen solle. Der Abgeordnete, der sich den Beschlüssen der Konferenz in dieser Angelegenheit nicht unterwerfen wollte, wurde aus dem Saale entfernt.

Die bedeutendste Rede wurde gestern von dem **Blutlebensmittelkontrollleur Glynos**, der mit der Vertretung des erkrankten Lebensmittelkontrollleurs Rhonda betraut ist, gehalten. Der Redner ersuchte die Versammlung dringend, England an der Fortsetzung des Krieges nicht zu verhindern und nicht zu verlangen, daß er und seine Kollegen

aus dem Ministerium treten

sollten. Er wies darauf hin, daß Kühlmanns Rede gezeigt habe, was für einen Frieden Deutschland wolle. Die Kriegsziele der englischen Arbeiter seien klar und nach sorgfältiger Vorbereitung formuliert worden. Sie seien den deutschen Sozialisten bekannt gewesen. Diese hätten aber erklärt, daß diese Kriegsziele imperialistische Tendenzen enthielten. Nach Abstimmung über seinen Antrag erklärte Henderson, daß die Mitglieder der Arbeiterpartei ihr

Amt in der Regierung weiter ausüben

könnten. Die Schlussrede hielt ein Arbeiterführer, der der Besorgnis Ausdruck verlieh, daß durch Annahme des Antrages der Partei kein Gewinn entstehen würde.

Bestätigung des Zarenmordes.

Dasel, 27. Juni. Wie das ukrainische Telegraphenbureau aus Kiev meldet, bestätigt sich das Gerücht von der Ermordung des früheren Zaren durch bolschewistische Truppen, die im Rückzuge auf Zekaterinburg waren.

Nach einer anderen Meldung hat ein von dem russischen Volkskommissar des Auswärtigen Tschitscherin unterzeichnetes Telegramm dem Hofamt in Darmstadt den zwischen Zekaterinburg und Perm erfolgten Mord angezeigt.

Die Nachrichten vom gewaltsamen Tode des Czaren mehren sich. Man braucht sie kaum mehr zu bezweifeln. Auch Gorkis „Nowaja Schisn“ meldet das Ereignis als Tatsache. Ueber die Art, wie der Mord geschehen ist, laufen verschiedene Meldungen ein. Sie stimmen nur insofern überein, als sie die Tat den Bolschewisten anhängen. Die blutig aufsteigenden Wirbel der Gegenrevolution haben den Czaren verflungen. Das seit Jahr und Tag drohende Verhängnis ist wahr geworden.

Mietsteigerungen und kein Ende!

Mietrecht ist einseitiges Recht. Der übliche Berliner Mietvertrag beweist das besonders klar. Unter raffiniertester Ausnutzung aller Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, soweit sie nicht zwingendes Recht sind, wird dem Mieter ein Hausen Verpflichtungen aufgepackt, die zu unterschreiben sich seine Feder sträubte, wenn er vor der Unterzeichnung die zwei Seiten eng gedruckter Paragraphen auch nur flüchtig lesen würde. Vom Recht des Mieters ist nirgends die Rede. Die kümmerlichen Ueberreste, die davon allenfalls noch im Bürgerlichen Gesetzbuch zusammengelesen werden könnten, werden durch eine engbrüstige Auslegung in der Rechtsprechung vollends zunichte gemacht. Macht der Mieter z. B. den schüchternen Versuch, durch Klage den Hauswirt zur Erfüllung seiner Vertragspflichten zu zwingen, etwa zur ordnungsgemäßen Instandsetzung der Mieträume, so wird er an Gerichtsstelle mit seiner Klage meist abgewiesen, ihm wird zur Vertretung seiner Forderung der Mund verboten, während der Hauswirt breit und behäbig Auseinandersetzungen machen kann, wenn das nicht durch seinen Anwalt mit juristischer Spitzfindigkeit geschieht.

Wie rechtlos der Mieter ist, zeigte sich in besonders abstoßender Form bei Ausbruch des Krieges. Als es damals die Kriegerfrauen nicht als ihre vornehmste Pflicht erachteten, zunächst den Hauswirt mit seiner Mietsforderung zu befriedigen, sondern zuerst an den hinausziehenden Ehemann und die hungrigen Mäuler ihrer Nestlinge dachten, bagelte es Ermittlungen und Räumungsklagen gegen sie und den Ehemann. Sie konnten beim besten Willen nicht bei der anfänglich 12 Mark monatlich betragenden Unterstützung für sich und 6 Mark für jedes Kind pünktlich am Ersten des Monats, wie es der Mietvertrag vorschreibt, den schuldigen Hinzahlen. Durch Bundesratsverordnung mußte dem Treiben Einhalt geboten werden, damit nicht die Kriegerfamilien in Masse auf den Damm gesetzt wurden. Die Kommunalverwaltungen mußten eingreifen und den Kriegerfrauen die Mietzahlung durch Mietzuschüsse erleichtern, wobei den Hauswirten die Verpflichtung auferlegt wurde, daß sie bei Zahlung des städtischen Mietzuschusses einen Mietnachlaß gewähren mußten. Trotzdem kam es zu Ermittlungen und gerichtlichen Räumungsurteilen, entgegen der höheren Gerichtsentscheidung, daß die Kriegerfrau nicht ermittelt werden kann. Auch heute noch werden vereinzelt von Amtsgerichten Räumungsurteile gefällt und kommen zur Vollstreckung, weil die mittellose Kriegerfrau nicht in der Lage ist, die höheren Gerichtsinstanzen zur Entscheidung anzurufen.

Dann kam die Wera der forcierten Kündigungen und Steigerungen. Diese einzudämmen versuchte die Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1917: es wurden Miet-einigungsämter eingesetzt, die zur Entscheidung angerufen werden konnten.

Aber auch dieser Damm ist durchbrochen. Die Mietsteigerungen und Kündigungen erfolgen jetzt in Berlin in so überreicher Anzahl, daß die Einigungsämter überlastet sind. Zudem erfreuen sich diese Vermieter bei den Mietern durchaus nicht des allgemeinen Vertrauens. Gewiß, sie sollen nicht nur die Partei der Mieter vertreten, wenn sie aber die Partei der Hauswirte offensichtlich füttern, und über deren Anträge hinaus Steigerungen von 33 1/2 Proz. für zulässig und angemessen erachten, dann wirken sie nicht mehr einigend im Sinne der angeführten Bundesratsverordnung, die doch sinngemäß zunächst zum Schutze der Mieter erlassen ist.

Bei ihrem jetzigen Vorgehen verfolgen die Hauswirte Methoden, die oftmals an Erpressung grenzen. Kündigung und Steigerung ist infolge der famosen Fassung der Berliner Verträge, wonach die Willensäußerung, an einen der Mieter gerichtet, auch für den anderen Geltung hat, an die Frau allein zulässig, wenn der Mann im Felde steht, weil auch sie als Mieter gilt. An sie allein richtet sich die Kündigung, da sie den Vertrag mitunterzeichnet hat. Viele Hauswirte verlangen nun von der Frau allein den Abschluß eines neuen Vertrages. Ihr Recht der Frau gegenüber wird dadurch noch uneingeschränkt. Auch dringen sie auf Abschluß von halbjährlichen oder gar vierteljährlichen Verträgen, und so können sie alle Vierteljahre kündigen und steigern. Juli und Januar aber ist kein Berliner Umzugsstermin, der Mieter bekommt dann keine Wohnung und ist daher gezwungen auf die Bedingungen des Hauswirts einzugehen.

In einem Fall kündigte der Hauswirt jetzt schon einer Frau zum 1. April 1919. Das ist, entgegen der vielfach verbreiteten falschen Ansicht, daß die Kündigung nur drei Monate und drei Tage vor Abschluß des Vertrages erfolgen könnte, zulässig. Er

steht dabei die Bedingung, daß die Kündigung als nicht erfolgt gilt, wenn die Frau sich mit einer Steigerung zum 1. Juli und einer nochmaligen Steigerung zum 1. Oktober einverstanden erklärt. Geht die Frau darauf ein, so bleibt es ihm immer noch unbenommen, am 28. Dezember wieder um zu steigern und zu kündigen zum Ablauf des Vertrages, nämlich zum 1. April nächsten Jahres.

Viele Hauswirte verlangen zum 1. Oktober Mietserhöhung, obgleich der Vertrag bis zum 1. April läuft. Sie sind nicht so dumme, um nicht zu wissen, daß das unzulässig ist, aber sie spekulieren darauf, daß in Ankenntnis der Rechtslage doch mancher Mieter darauf hineinfällt. Dreimalige Steigerung in anderthalb Jahren ist daher keine Seltenheit. — Von dem gewährten Mietnachlaß treten sie zurück und verlangen nunmehr außer der vollen Miete auch noch eine Erhöhung des Mietpreises. Diese Vereinbarungen wollen sie ohne Vermittlung der Unterkommision, der gegenüber sie sich zum Nachlaß verpflichtet haben, mit der Mieterfrau allein treffen, sie überreden die Mieterfrau auch oft, der Steuerkasse davon keine Mitteilung zu machen, damit ihnen der häßliche Mietzuschuß sicher bleibt.

Die Mieter befinden sich infolge der Wohnungsnot und der Unmöglichkeit, einen Umzug herbeizuführen zu können, in einer Zwangslage und müssen daher auf alle diese Bedingungen der Hausagrarier eingehen. Die haben es ihren Freunden und Bekannten, den Kriegsgewinnlern, vielfach abgekauft, wie in Kriegszeiten Geld zu machen ist, und wollen ihr in Grundstücken investiertes Kapital zu möglichst hohem Zinsfuß angelegt wissen. Sie schüben bei ihren Mietsteigerungen vor, daß die Unkosten für die Instandhaltung der Mieträume außerordentlich hohe seien, dabei wird in den Mieträumen seit Jahr und Tag keine Reparatur ausgeführt, wobei wir gern zugestehen wollen, daß dies fast unmöglich ist wegen des Mangels an Materialien und Arbeitskräften. Ein Hauswirt hatte aber trotzdem die Rechnung aufgemacht, daß seine Unkosten ausgerechnet auf 74 Proz. mehr gestiegen seien. Wie so, bleibt sein Geheimnis.

Um diesen wüsten Treibern der Mietsteigerungen Einhalt zu gebieten, haben Behörden in einzelnen Bezirken und Städten Verordnungen erlassen, monach Kündigungen und Steigerungen nicht für zulässig erachtet werden. Vorbildlich ist hierin eine Verordnung des kommandierenden Generals für das 7. Armee-Korps, die er auf Grund des Gesetzes über den Verlagerungsstand im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassen hat. Danach wird den Hauswirten verboten, Wohnungen ohne Einverständnis der Mieter zu kündigen oder nach Ablauf des Mietvertrages an andere als die bisherigen Mieter zu vermieten oder selbst in Benutzung zu nehmen, falls nicht der Leiter des Kommunalverbandes oder eine von diesem bestimmte Dienststelle der Kündigung zustimmt. Die Zustimmung kann insbesondere dann verweigert werden, wenn durch die Kündigung die Beschaffung einer anderen Wohnung für den bisherigen Inhaber in Frage gestellt wird oder wenn der Mietpreis in unangemessener Weise erhöht wurde. Es wird ferner verboten, ohne Zustimmung des Kommunalverbandes die bisher als Wohnstätten dienenden Räumlichkeiten zu anderen als Wohnzwecken zu verwenden oder zu vermieten oder diese Wohnungen unbenutzt zu lassen, ohne sie binnen zwei Wochen freiwillig oder, falls dies nicht geschieht, auf Anforderung des Kommunalverbandes zu einem angemessenen Preise, der eventuell durch eine Sachverständigenkommission festgesetzt wird, zur Verfügung zu stellen. Zumindest Verhandlungen gegen die Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 1500 M. bedroht.

Die Verordnung gilt nur für einen Bezirk. Für Berlin, wo diese Mietzustände am unhaltbarsten sind, ist eine solche Verordnung nicht zu erwarten. Berlin, das Kriegsgeldgatte in der Ernährung, ist jetzt auch der Platz der zigellosten Preistreiber auf dem Wohnungsmarkt. Es ist höchste Zeit, daß die Reichsregierung regulierend eingreift. Bundesrat, hilf!

Die österreichische Ministerkrise.

bleibt Seidler?

Der Ackerbauminister Graf Silva-Tarona scheint mit seinem Versuch einer Wehrerbildung durch den Widerstand der Deutschböhmer zu scheitern, die in der Person des bisherigen Ministerpräsidenten eine Bürgschaft für die Verwirklichung ihrer nationalen „Belange“ sehen und das Parlament zu opfern bereit sind. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, erschienen die Abgeordneten Professor Waldner, Teufel und Freiherr von Rany beim Ministerpräsidenten von Seidler, um ihm den Beschluß des Verbandsausschusses der deutsch-nationalen Parteien mitzuteilen und zu erklären, daß dieser Beschluß gleichbedeutend sei mit dem Festhalten an der Person des Ministerpräsidenten. Aus einem Rücktritt des Ministerpräsidenten müßten die deutschen Parteien die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Sollte Herr von Seidler bleiben und unter Ausschaltung des Reichsrats mit dem Notverordnungsrecht regieren, so wäre es so übel nicht, wenn sein mit Hilfe der Deutschböhmer gebildetes neues Kabinett zur Probe auf Exempel gezwungen würde, wenn auch angesichts der innen- und außenpolitischen Anspannung nicht gerade der Zeitpunkt für waghalsige Experimente richtig gewählt ist.

Die geistige „Wiener Mittagszeitung“ teilt mit, daß die Krise unverändert fortduere. Die Wahrscheinlichkeit, daß ein Uebergangskabinet mit Seidler an der Spitze gebildet wird, werde immer größer. Jedenfalls erwartet man, daß die Entscheidung noch im Laufe des Tages falle.

Wiederaufnahme der Arbeit in Wien.

Das Ergebnis der Bewegung.

Betriebsversammlungen, deren Einberufung der Wiener Arbeiterrat beschloß, hatte, haben zum größten Teil den Antrag der Vertrauensmänner angenommen, die Arbeiter wieder aufzunehmen. In Favoriten, in Ottakring, in der Brigittenau, in den kleineren Arbeiterbezirken wurde Montag gearbeitet. In Meidling und auch in einzelnen Betrieben anderer Bezirke wurde beschlossen, Dienstag die Arbeit wieder aufzunehmen. Nur in Floridsdorf haben viele Betriebe beschlossen, zunächst abzuwarten, wie die Arbeiterschaft der anderen Bezirke entscheiden wird. Ueberall ging die Arbeitsaufnahme am Dienstag in Ordnung und Einigkeit vor sich.

Die ersten Lohnzuschüsse werden am Samstag, den 29. Juni, fällig.

Die Unternehmer haben bei den Verhandlungen erklärt, daß sie nicht in der Lage seien, die während des vierwöchigen Provisoriums fälligen Lohnzuschüsse zu bezahlen, da dieser

Bomben auf Paris — Rege Artillerietätigkeit zwischen Oser und Marne — Französischer Vorstoß nördlich St. Mihiel — Fliegervorstöße gegen Karlsruhe und Offenburg.

Kmtlich. Großes Hauptquartier, 27. Juni 1918. (W. T. Z.)

Berlin, 27. Juni 1918, abends. Kmtlich. Von den Kampfzonen nichts Neues.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Die Lage ist unverändert.

Rege Tätigkeit des Feindes nördlich der Scarpe und Somme, westlich von Soissons und südwestlich von Reims. Auf der Kathedrale von Reims wurden erneut Beobachter des Feindes erkannt. Während der Nacht nahm die Artillerietätigkeit auch an der übrigen Front zwischen Oser und Marne in Verbindung mit Erdkundungsgefechten der Infanterie wieder zu.

Heeresgruppe Gallwitz.

Auf dem östlichen Maasufer führten wir erfolgreiche Erdkundungen durch. Nördlich von St. Mihiel wurde ein härterer Vorstoß des Feindes abgewiesen.

Aus feindlichen Bombenstößen, die in den letzten Tagen zum Angriff gegen Karlsruhe und Offenburg und das lothringische Industriegebiet vorstießen, wurden 5 Flugzeuge abgeschossen.

Unsere Bombengeschwader griffen gestern Paris und auf dem Wege dorthin Bahnknotenpunkte und Flugplätze des Feindes an. Leutnant Rumev errang seinen 25. Luftsieg.

Berlin, 27. Juni. Am 26. Juni wurden Gress, St. Denis und Margny mit schwerem deutschen Flachfeuer beschossen.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 27. Juni 1918. Kmtlich wird verlautbart: Bei Bezzecca, im Eisfalle und auf der Zugna scheiterten italienische Erdkundungsvorstöße.

Der heiß umkämpfte Col del Rosso, am 15. von der rufmreichen Edelweiß-Division im Sturme genommen und seither in den schwersten Kämpfen siegreich behauptet, wurde gestern vormittag nach schwerem Trommelfeuer abermals durch starke Kräfte angegriffen. Es war für den Feind ein vergebliches Beginnen, seine Kampfstärke mit der unserer Salzburger, Kärntner, Ober- und Niederösterreicher zu messen, an deren Tapferkeit alle Angriffe gescheitert. Die jungen Regimenter 107, 114, von der Artillerie in allen Gefechtsphasen musterhaft unterstützt, haben sich eines Geistes mit ihren altbewährten Stammtruppen, den 59ern, 7ern, 14ern, und 99ern gezeigt. Der Feind erlitt schwere Einbuße an Toten und Verwundeten und ließ zahlreiche Gefangene in unserer Hand. Bei Ponte di Piave versuchte der Italiener in Booten unser Ufer zu gewinnen. Er wurde zusammengeschossen.

Der Chef des Generalstabes.

Lohnaufwand bei der Berechnung der Preise der Waren, die in diesen vier Wochen hergestellt werden, nicht kalkuliert worden sei. Um trotzdem das Zustandekommen der Vereinbarung zu ermöglichen, hat sich die Regierung bereit erklärt, den Unternehmern den Aufwand für die Lohnzuschüsse, die in den vier Wochen des Provisoriums gezahlt werden, zu ersetzen. Die Zuschüsse werden also zwar vom Unternehmer ausbezahlt, ihm aber vom Staat ersetzt. Doch gilt dies nur für die Dauer des Provisoriums. Die erhöhten Löhne der endgültigen Verträge, über die jetzt verhandelt wird, werden natürlich von den Unternehmern getragen werden. Inwieweit die Heeresverwaltung zu diesem Aufwand dadurch beitragen wird, daß sie den Heereslieferanten höhere Preise bewilligt, bleibt neuen Vereinbarungen zwischen der Heeresverwaltung und den Unternehmern überlassen.

Deutschen-Amnestie in Rumänien.

Bukarest, 27. Juni. Das rumänische Amtsblatt veröffentlicht einen vom König Ferdinand unterzeichneten Amnestie-Erlass. Es werden alle deutschen Staatsangehörigen, die wegen Vergehens zugunsten ihres Vaterlandes oder wegen Verstoßes gegen die Ausnahmegesetze für feindliche Staatsangehörige gerichtlich verfolgt werden, begnadigt. Allen deutschen Staatsangehörigen, die wegen der obigen Vergehen bereits verurteilt sind, wird die Strafe erlassen, ebenso allen denjenigen Deutschen, die sich während ihrer Internierung eine Verurteilung zugezogen haben.

Die Behandlung der in Rumänien gefangen gehaltenen Deutschen war bekanntlich eine empörende. Die heftigen Proteste in der Presse der mitteleuropäischen und neutralen Länder fruchteten nichts.

Die Richtlinien des polnischen Ministeriums.

In der Sitzung des polnischen Staatsrats, die am Mittwoch abgehalten wurde, erhielt Ministerpräsident Steczkowski das Wort zu einer Erklärung, worin er die Richtlinien des Ministeriums in der inneren Politik und die dem Hause vorgelegten Gesegentwürfe skizzierte. Indem Steczkowski die formellen und sachlichen Schwierigkeiten freilegte, welche die Erfüllung des seinerzeit angekündigten Regierungsprogramms verzögerten, machte er die Mitteilung, daß die Verhandlungen mit den Okkupationsbehörden betreffend die Verwaltungsübernahme zwar noch nicht völlig beendet, aber soweit vorgeschritten seien, daß sie eine hinreichende Grundlage für die Arbeiten des Staatsrates schaffen. Namens der Regierung könne er die Ueberzeugung ausdrücken, daß die Uebergabe der politischen und der Finanzverwaltung noch im Laufe dieses Jahres erfolgen könnte. Steczkowski äußerte jedoch die Vermutung, daß

die Heeresfrage

wie die Ueberweisung der politischen und Finanzverwaltung im Grunde genommen mit der politischen Frage zusammenhänge, und daß sie solange nicht in einer dem notwendigen Bedürfnis des Staatsaufbaues entsprechenden Weise

verwirklicht werden, als nicht eine politische Lösung und Regelung des Verhältnisses des polnischen Staates zu den Mittelmächten eingeleitet sei. Geleitet von dem Streben, für den polnischen Staat dauerhafte öffentlich-rechtliche Grundlagen zu schaffen, habe sich die Regierung im April an beide Mittelmächte mit einer Note gewandt, worin sie darlegte, was nach ihrer Ansicht in territorialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht bei einem

Bündnis mit den Mittelmächten

für die Zukunft des polnischen Staates notwendig sei und vorschlug, die Verhandlungen darüber unter Teilnahme Polens baldmöglichst einzuleiten und durchzuführen. Der deutsche Reichskanzler habe eben erst geantwortet, daß die polnischen Wünsche gründlich und wohlwollend mit der 1. und 2. österreichisch-ungarischen Regierung betrachtet und erörtert würden, wobei der Reichskanzler versicherte, daß die endgültige Lösung nicht erfolgen werde ohne Verständigung mit den eigentlichen Organen der polnischen Nation. Auf demselben Standpunkt siehe auch die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Die weiteren Ausführungen des Ministerpräsidenten betrafen das innere Regierungsprogramm und Vorlagen.

Albert Thomas' Frieden mit Clemenceau.

Genf, 27. Juni. Longuets Blatt „Populaire“ wirft die Frage auf, was die sozialistische Parteileitung bei dem bevorstehenden Eintritt Albert Thomas in das Kabinett Clemenceaus tun werde, da die Parteigruppe ausdrücklich die Varenne-Gruppe mißbilligt habe.

Die Gegenrevolution in Rußland.

Moskau, 26. Juni. Die hiesige Presse meldet: Im Gouvernement Wologda geht die Formierung der Militärkommissariate sehr langsam vor sich. Es besteht großer Mangel an militärischen Spezialisten. Nach einem Befehl des Militärkommissariats des Moskauer Eisenbahnbetriebs erstreckt sich die Einberufung auch auf die Eisenbahnbeamten. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, daß die Organisierung der sozialistischen Armeen gute Fortschritte macht. Die Zeitungen in Wologda bringen Ueherungen der Ententevertreter in Wologda, daß die Sowjetregierung fester steht, als sie anfangs angenommen hatten. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur aus Tscheljabinsk ist in Uchata eine revolutionäre Bewegung im Gange.

Stockholm, 26. Juni. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur nahmen die Tschecho-Slowaken in der Richtung Ufa—Nisch eine Neugruppierung ihrer Streitkräfte vor. Die Sowjettruppen treffen Anstalten zur Verteidigung von Petrosowodsk. Eine tschecho-nomalische Abteilung bemächtigte sich des Bahnhofes von Nomo-Sergiewsk. Nach dem letzten Bericht des Oberbefehlshabers der Roten Garde an der Front Ural—Sibirien, Verzin, haben diese den Güterbahnhof Chsnan an der Wolga und Rosbiansk genommen.

Die Petersburger Telegr.-Agentur meldet, daß die Befestigung des in Petersburg ermordeten Bolschewisten Wolodarski in imposanter Weise verlaufen ist. Wolodarski war Chef des „amtlichen“ Pressebureaus von Petersburg und gab gleichzeitig ein eigenes Blatt heraus. Die Presse hat unter ihm viel zu leiden gehabt, und die Blätter aller Parteirichtungen, mit Ausnahme der bolschewistischen, zogen des öfteren Parallelen mit den Praktiken der zaristischen Zensur. Unter anderem wurde Wolodarski — allerdings nicht in den Petersburger Blättern — nachgesagt, seine Zeitungsverbote könnten so ausgelegt werden, als bezwecke er auf diese Weise ein Monopol für sein eigenes Blattchen.

Mit der Ermordung des bolschewistischen Kommissars zieht der Terror gegen die Regierungsvertreter wieder ein, so wie er in nicht sehr weit zurückliegenden Zeiten der Jarenherrschaft gang und gäbe war. Die damals, ist der von unten kommende Terror nur die Antwort auf den ungeheuren Druck von oben. Die selben Bolschewiki, die den Genossen Zereteli „Zereteli der Stütze“ nannten, weil zu seiner Zeit die Todesstrafe für bestimmte Verbrechen an der Front zum Teil wieder eingeführt wurde, und die daraus das größte Kapital zu schlagen sich abmühten, lassen jetzt tagaus tagein Menschen niederknallen, ohne daß eine Gerichtsverhandlung stattfindet! Lediglich auf Beschluß der Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution und Spekulation werden wegen Vergehen, die nicht öffentlich nachgeprüft werden, Menschen zugendweise aus dem Leben gerissen. Dieses ungeheure Regime muß naturgemäß den Gegendruck erzeugen.

Die Kämpfe im venetischen Gebirge.

Wien, 26. Juni. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Die schweren Kämpfe auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden und östlich der Brenta dauerten am 24. 6. noch bis in die Dunkelheit fort. Um jeden Preis wollte der Gegner seine am 15. 6. verlorenen Stellungen wiedergewinnen. Heftige, stellenweise zum Trommelfeuer gesteigerte Artillerietätigkeit leitete seine Aktionen ein, die überall erfolglos blieben. Am Col del Rosso wies das Infanterieregiment Nr. 114 zwei feindliche Angriffe ab. Am Monte Asolone, wo der Feind in den Abendstunden zum siebenten Male gegen unsere Linien vorstürmte, warf ihn der Gegenstoß unserer Reserven unter schwersten Verlusten restlos zurück. An den anderen Abschnitten der Gebirgsfront konnten unsere Feldwachen nach erfolgreichem Kampfe merklich vorgeschoben werden. Im Laufe der Nacht brachen mehrere feindliche Vorstöße beiderseits der Brenta schon im Abwehrfeuer zusammen. In diesen Kämpfen machten wir einige hundert Gefangene. Infolge der erlittenen außerordentlichen Verluste wiederholte der Gegner am 25. 6. seine Angriffe nicht.

Bern, 26. Juni. Vargini meldet dem „Corriere della Sera“ von der italienischen Front, daß die kleinen italienischen Vorstöße im Gebirge an den letzten Tagen hauptsächlich unternommen wurden, um festzustellen, ob die Schlagkraft und Moral des österreichischen Heeres durch den Piave-Rückzug erschüttert seien. Dies müsse nunmehr verneint und deshalb über kurz oder lang mit einem neuen österreichischen Vorstoß gerechnet werden.

Bern, 26. Juni. Bei einer Rundgebung der Beamten des Schatzministeriums anlässlich des österreichischen Rückzuges erklärte der Schatzminister Ritti u. a. er verleihe zwar die hochgehenden Hagen der Begeisterung in Italien, empfehle aber, sich mit dem Gleichmut unerwarteter Zuvorkunft auf weitere harte Kampfproben gefaßt zu machen. Es wäre falsch, sich über die Dauer des Krieges Täuschungen hinzugeben. Der Krieg werde sich noch lange hinziehen und noch lange seine stahlharte Faust fühlbar lassen. Der Feind werde den gescheiterten Versuch erneuern.

Kohlen- und Kartoffelversorgung Stadtverordneten-Versammlung.

Mit allen gegen eine Stimme hat der Ausschuss die Magistratsvorlage, wonach für 33 000 M. ein Röntgenapparat für Tiefentherapie von den Versa-Werken in Frankfurt a. M. angeschafft werden sollte, abgelehnt und die Anschaffung eines solchen Apparats nach dem Angebot von Siemens u. Halske empfohlen.

Die Versammlung tritt nach kurzer Erörterung dem Ausschussantrag bei. Um 6 Uhr findet die Wahl eines besoldeten Stadtrats an Stelle des ausgeschiedenen jetzigen Zweigvereinsvorsitzenden Fischel statt.

Am 6. Juni haben die Stadtv. Karlowski und Gen. (Soz.) die Anfrage an den Magistrat gerichtet, ob die Zuweisungen der zuständigen Reichsstelle und die vom Kohlenverband Groß-Berlin getroffenen Maßnahmen die ausreichende Belieferung der Berliner Bevölkerung mit Hausbrandkohlen für den nächsten Winter sicherstellen? — Stadtv. Ritter gibt die Begründung der Anfrage.

Vom 11. Juni datiert ein Antrag Varentsin (U. Soz.), den Magistrat zu ersuchen, die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer nach einheitlichen Grundsätzen zu regeln. Inwieweit eine Anrechnung des Arbeitsverdienstes nicht stattfinden. — Stadtv. Hingge beweist auf die Verschiedenartigkeit der Praxis der Unterstützungs-Kommissionen.

Die Einrückung der Besitzer des Gewerbegerichts wird angefaßt der Steuerungsverhältnisse von 6 auf 9 M. für die Sitzung erhöht. Die Beratungskommission der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge soll auf das Städtische Jugendamt übertragen werden.

Die Kartoffel hat uns in diesem Jahre durchgehenden Mangel. Bisher hat die Kopfmenge von 7 Pfund aufrechterhalten werden können. Bis Ende April war die Versorgung gütig; dann sind leider die Mengen aus der Provinz nicht voll eingegangen.

Zur Materialbeschaffung behufs Verwendung für die Herstellung leerstehender Kleinwohnungen und für den Umbau von leerstehenden Läden und sonstigen Gewerberäumen zu Wohnungen sollen 5 Millionen Mark verausgabt werden.

Die Freunde unserer Zeitung

werden gebeten, bei ihren Ausflügen und Reisen an allen Verkaufsstellen, besonders auf den Bahnhöfen den „Vorwärts“ zu kaufen und ihn in den Gasthöfen, Restaurants und Cafés stets zu verlangen.

Groß-Berlin

Pontius Stresemann.

„Was ist Wahrheit?“ (Stresemann in seiner Reichstagsrede gegen Kühlmann.)

Weil er mit ihr nicht ist verschwägert, Beziehungsweise sie mit ihm, hat Stresemann sich überlegt: die Wahrheit ist nicht legitim!

Weil er nun diese seine Meinung für göttliche Erleuchtung hält, sei er als sittliche Erscheinung vor Kühlmanns Unmoral gestellt.

Denn also gilt's für heut und später: Das Mädchen ward so viel mißbraucht, daß es nicht mal für Volkvertreter, geschweige für Minister taugt.

Paul Gen.

Neuregelung der Fischversorgung.

Fische gehören bekanntlich schon lange zu den Nahrungsmitteln, die nur derjenige Berliner zu genießen bekommt, der in der Lage ist, in besseren Restaurants zu speisen, wo man Fischgerichte, je nach der „Vornehmheit“ des Lokals, zu größeren oder geringeren Liebhaberpreisen jederzeit erhalten kann.

Um diesem Zustande ein Ende zu machen und auch dem schlichten Bürger wenigstens hier und da ein paar Pfund Fische zu erschwinglichen Preisen zuzuführen, beabsichtigt der Berliner Magistrat die Einführung der Fischkarte.

Holt Eure Kohlen jetzt ab.

damit Ihr nicht im Winter frieren müßt.

Kohlenverband Groß-Berlin

gegeben worden sind, während diese nur 80 Proz. der verteilten Mengen erhalten sollten. Die Einführung der Fischkarte würde eine Kontrolle darüber ermöglichen, ob die Privatbevölkerung durch die Kleinhandlung auch wirklich die Menge Fische erhält, die sie nach dem Verteilungsschlüssel erhalten soll.

In einer Versammlung des Vereins der Fischhändler von Groß-Berlin, die Mittwoch stattfand, wurde gegen die geplante Einführung der Fischkarte und andere damit im Zusammenhang stehende Maßnahmen des Magistrats ein energischer Protest erhoben.

Wenn auch nicht zu leugnen ist, daß die Einführung der Fischkarte einigen praktischen Schwierigkeiten begegnen wird, so kann doch der bis heute bestehende ständische Zustand unmöglich länger geduldet werden, und wir wollen hoffen, daß dem Magistrat eine betriebende Lösung des immerhin nicht unwichtigen Problems gelingt.

Für Kriegerfrauen keine Wohnung.

Die Frau eines Mannes, der seit Jahr und Tag als Soldat im Felde steht, kam auf der Suche nach einer Wohnung zu dem Besitzer des Hauses Müllerstraße 141, dem Fuhrwarenhändler Reich. Dieser sowie seine Gattin verhandelten mit der Wohnungssuchenden. Aber als sie erfuhr, daß sie es mit einer Kriegerfrau zu tun hatten, brachen sie — so stellt Frau Reich selbst den Vorgang dar — die Verhandlung ab mit den Worten: „Wir haben schon acht Kriegerfrauen im Hause, das ist gerade genug!“

Ein Erlebnis gleicher Art schildert uns eine zweite Frau, die in demselben Hause eine Wohnung suchte und sie in Gegenwart des Herrn Reich besichtigte. Als sich die Wohnungssuchende als Kriegerfrau zu erkennen gegeben hatte, schlug ihr Herr Reich die Vermietung ab und sagte, die Wohnung — die er der Frau eben erst zum Zweck der Vermietung gezeigt hatte! — sei bereits vermietet.

Die Frau eines Mannes, der seit Jahr und Tag als Soldat im Felde steht, kam auf der Suche nach einer Wohnung zu dem Besitzer des Hauses Müllerstraße 141, dem Fuhrwarenhändler Reich. Dieser sowie seine Gattin verhandelten mit der Wohnungssuchenden. Aber als sie erfuhr, daß sie es mit einer Kriegerfrau zu tun hatten, brachen sie — so stellt Frau Reich selbst den Vorgang dar — die Verhandlung ab mit den Worten: „Wir haben schon acht Kriegerfrauen im Hause, das ist gerade genug!“

Unterricht im Schwimmen und Rudern. Der Magistrat Berlin teilt mit: Das Städtische Jugendamt hat es unter seinen ersten Aufgaben übernommen, Berliner Gemeindefiskalinder im Schwimmen und Rudern auszubilden.

Beseitigung des Schöneberger Rathaussturmes. Der Schöneberger Rathaussturm bietet von seiner Plattform einen weiten Blick über Groß-Berlin und Umgegend, der östlich in den Müggelbergen und im Westen von den Havelbergen begrenzt wird.

Zirkus Corraconi eröffnet sein Gastspiel am 29. Juni, abends 7 1/2 Uhr. Sonntag finden 2 Vorstellungen statt. Nachmittags zahlen Kinder halbe Eintrittspreise.

Nubelannter Frauentöchter. Am 22. vormittags 10 Uhr wurde die Leiche einer bis jetzt unbekanntes etwa 27 Jahre alten Frauensperson aus der Spree gegenüber dem Hause Holsteiner Ufer 26 gelandet.

Spandau. Butter und Margarine. Am 28. beginnt der Verkauf der städtischen Butter auf Butterabschnitt IV der Lebensmittelkarte.

Cöpenick. Sonderzulage von Zucker. Vom 1. bis 15. Juli gelangt Zucker als Ersatz für die herabgesetzte Protration zur Verteilung.

Weißensee. Nährmittel für Schwangere. Die in Weißensee wohnhaften Schwangeren, die im Juni die ihnen zustehenden tausend Gramm Nährmittel noch nicht erhalten haben, können sich den Ausweis, der zum Empfang berechtigt, in der Schwangerenfürsorgestelle, Viktorstr. 24, Zimmer 7, abholen.

Lebensmittel. Auf die Abschnitte 88 und 89 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Gemeinde Berlin-Weißensee entfallen insgesamt 800 Gramm Teigwaren und 150 Gramm Suppen.

Lichtenberg. Ersatz für die ausgefallenen Kartoffelrationen. Die in der vergangenen Woche nicht zur Ausgabe gelangten Kartoffelrationen werden nicht nachgeliefert, dafür wird aber Ersatz in Nährmitteln und Hülsenfrüchten gegeben.

Oberschöneweide. Die letzte Gemeindevorstellung hatte sich mit einigen Vorlagen des Gemeindevorstandes zu beschäftigen. Es wurde beschlossen, daß die Gemeinde sich mit 5000 M. an der gemeinnützigen Gesellschaft „Gaueral“ beteiligt, deren Zweck ist, minderbemittelten Personen billige Wohnungseinrichtungen zu beschaffen.

— Mehr Milch den Säuglingen! Man schreibt uns: Geradezu zu einer Gefahr für die Ernährung der Säuglinge scheint sich die Milchbelieferung in unserem Ort auszuweiten zu wollen, und es ist an der Zeit, daß in dieser Sache entscheidende Schritte unternommen werden.

— Mehr Milch den Säuglingen! Man schreibt uns: Geradezu zu einer Gefahr für die Ernährung der Säuglinge scheint sich die Milchbelieferung in unserem Ort auszuweiten zu wollen, und es ist an der Zeit, daß in dieser Sache entscheidende Schritte unternommen werden.

Was nicht zweifelsfrei erscheinen, so kann noch der des Produktionszweiges in Frage. Geht es nun, und zwar recht bald.

Preis, Erlas für fehlende Kartoffeln. Es werden ab heute bei den Kartoffelhändlern als Erlas für fehlende Kartoffeln folgende der Gemeinde zugewiesene Waren auf nachstehende Abstände der Kartoffelkarte dieser Woche ausgegeben: 26a und b Erbsen 100 Gramm je Kopf, 26c und d Weizen 50 Gramm je Kopf, 26e Weizenmehl 50 Gramm je Kopf, 26f Ackerbohnen 50 Gramm je Kopf, 26g Suppen 500 Gramm je Kopf.

Berichtszeitung.

Der Raubmordversuch in der Lüderstraße, der, wie vor kurzer Zeit mitgeteilt, die Verurteilung der jugendlichen Täter zu drei bzw. zwei Jahren Gefängnis zur Folge gehabt hat, hatte jetzt ein weiteres Nachspiel vor dem Schwurgericht des Landgerichts III. Angeklagt wegen verübten Mordes und verübten schweren Raubes war nunmehr der 18jährige Eskimofahrer Wilhelm Dohbert, für den, da er das achtzigste Lebensjahr vollendet hat, nicht mehr die Strafhammer, sondern das Schwurgericht zuständig ist. — Die feinerzeit berichtigten, hatten vier junge Burschen, darunter der jetzige Angeklagte, den Revolver Fernsch in einen Stoff eines Hauses in der Lüderstraße gesteckt, um ihn billig zu verkaufen, in Wirklichkeit, um ihn mit einer Brombeersäure niederzuschütten. Nur dadurch, daß B. sofort die Waffe bemerkte und heraufend die Taktik zuwarf, kam er mit dem Leben davon. — Vor Gericht hat Rechtsanwalt Dr. Grohmann, den Angeklagten mit Rücksicht auf seine Jugend und seine durch schlechten Lebensstil irreführenden Verhältnisse die mildernden Umstände nicht zu verlegen. Dem Vorbehalt der Geschworenen gemäß wurde der Angeklagte unter Berücksichtigung mildernder Umstände zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Dienstordnung der Kriegswollbearbeitungsgesellschaft. Vor kurzem war die Kriegswollbearbeitungsgesellschaft vom Gewerbeamt verurteilt worden, einer gewerblichen Angestellten das Gehalt für die Zeit ihrer Krankheit zu zahlen, weil der Anspruch der Klägerin

auf Grund der für alle Angestellten geltenden Dienstordnung begründet war. Die beklagte Gesellschaft wollte die Fortzahlung des Gehalts in Krankheitsfällen nur für ihre kaufmännischen Angestellten gelten lassen. Sie hat deshalb nach dem verlorenen Prozeß eine neue Dienstordnung herausgegeben, welche einen Gehalt enthält, der besagt, daß gewerbliche Angestellte keinen Anspruch auf Gehaltszahlung in Krankheitsfällen haben. Auf diesen Passus berief sich die Gesellschaft in einem Prozeß, der am Donnerstag vor dem Gewerbeamt gegen sie verhandelt wurde. Die Klägerin, eine gewerbliche Angestellte, die übrigens von dem Erlas der neuen Dienstordnung nichts wußte, ist nach ihrer Erkrankung nicht gekündigt worden. Ihr Arbeitsverhältnis lief also während der Krankheit weiter und sie erhob deshalb Anspruch auf Zahlung des Gehalts im Betrage von 90 M. — Die beklagte Gesellschaft wurde zur Zahlung dieses Betrages verurteilt mit der Begründung: Der Gehalt, den gewerbliche Angestellte keinen Anspruch auf Gehaltszahlung in Krankheitsfällen haben, gehört nicht in die Dienstordnung, denn er sei keine Dienstvorschrift, sondern eine Abänderung des mit der Klägerin abgeschlossenen Arbeitsvertrages. Diese Abänderung sei aber ungültig, weil sie einseitig, ohne Zustimmung der Klägerin erfolgt sei.

Aus aller Welt.

Fälle von Lungenpest in England.

Amsterdam, 27. Juni. (Telunt.) Aus London wird amtlich gemeldet: In einem Landbezirke von Ost-Suffolk sind zwei Fälle von Lungenpest mit tödlichem Verlauf zu verzeichnen. Man hat die Ursache der Ansteckung nicht feststellen können. Alle Bewohner in der Umgegend wurden unter Quarantäne gestellt. Man erwartet infolge dieser Maßnahme keine weitere Ausbreitung der Seuche.

Der baltische Grant noch immer auf seinem Posten. Wie die Telegraphen-Union hört, befindet sich der bekannte Verfälscher schwedischer Pässe und englischer Spionageleiter, Kapitän Grant, immer noch auf seinem Posten. Er sitzt noch heute als Konsul, be-

glaubt von der schwedischen Regierung, deren Siegel er gefälscht hat, in Wötenburg, obwohl schwedische Zeitungen sein Tun und Treiben wiederholt angegriffen haben. Die verurteilte, soll jedoch die schwedische Regierung zu dieser Frage, ob sie derartigen Personen weiterhin ihren amtlichen Schutz genießen lassen will, Stellung nehmen.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Groß-Berlin. Heute Freitag, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Heinrich Schulz: „Die Jugendbewegung in Deutschland“. — Dieser Vortrag ist als Agitationsveranstaltung für den „Bereich Arbeiter-Jugend Groß-Berlin“ gedacht und werden alle Jugendlichen um ihr Erscheinen gebeten.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (B. a. G.), Hamburg. Filiale Baumfalkenweg. Am Sonnabend, den 24. abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Boße, Baumfalkenstr. 67, Generalversammlung. Wahl der Ortsverwaltung und Aufstellung eines Kandidaten.

Wasserhandelnachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am	25.	26.	Wasserstand am	25.	26.	
Memel	Lit	99	Zaale	Großh.	66	
Pregel	Amberg	45	Gabel	Swandau	81	
Weichsel	Dorn	1	Rathenow	—	20	
Oder	Ratibor	140	Spreew.	Sprenberg	70	
	Krollen	26	Reckdorf	—	188	
Warthe	Frankfurt	17	Weser	Winden	122	
	Schrumm	20	Weser	Winden	186	
Neße	Landberg	40	Rhein	Magillau	570	
Elbe	Borhamm	48	—	Gand	282	
	Leitwitz	94	—	Göln	230	
	Bredde	217	—	Neckar	Heilbronn	57
	Barb	0	—	Main	Hanau	102
	Magdeburg	5	—	Weser	Lier	43

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittags. Etwas wärmer, zeitweise heiter, jedoch noch vorwiegend wolfig mit leichten Regenfällen.

Deutsches Theater. Mit Max Pallenberg. Freitag, Sonnab. Sonntag: 8 U.: Familie Schmek. Montag: Bibikoff. Kammerstücke. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Inkognito. (Operette). Volksbühne, Th. a. Blowlp. Allabendlich 7 1/2 Uhr: General Vorek.

Theater des Westens. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Leopoldine Konstantin in Die Tänzerin.

Theater Königgrätzerstr. 8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Komödienhaus. 8 Uhr: Die Zarin.

Berliner Theater. 7 1/2 U.: Blitzausbruch.

National-Theater. Nach wie ausgew. Lacherfolg! 8 Mäuschen.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Badstube. Gärtnerbühne: Aha! Was Neues!

Th. i. d. Frankfurter Allee 318. Die künftige Gartenbühne. Täglich 7 1/2 Uhr: Der große Erfolg! Was man aus Siehe tut!!

Berliner Prater-Theater. Kammerspiele 7—9. Täglich 5 Uhr in vollständig neuer Bearbeitung: Im Wolfentrameter.

Trianon-Theater. Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391 8 U. Zum 301. Male: Der Lebensschüler.

Reichshallen-Theater. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Stettiner Sänger.

Schweizergarten. Am Rönigstor. Am Friedrichshain 29—32. Gedächtnis und Schiller-Naturgarten Berlin. Über 5000 Sitzplätze. Saal für 1000 Personen. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitätenvorstellung. Anfangs 8 Uhr. Sonntag 3 Uhr.

Der Sarrasani-Vorverkauf hat begonnen! Zirkus-Busch-Kasse ab 10 Uhr vormittags u. A. Wertheim und Filialen. [2981

Theater für Freitag, 28. Juni. Central-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin. Deutsches Opernhaus. 7 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Friedrich-Wilhelmst. Theater. 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Kleines Theater. 8 U.: Aristid und seine Fehler. Bassermann. Komische Oper. 7 1/2 U.: Schwarzwaldmädel. Lustspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels v. Lindenhof. Residenz-Theater. 7 1/2 U.: Flimmerklärchen.

Logo for 'Livland-Gstland-Ausstellung' featuring a diamond shape with text 'Verein für das Druckschmuck im Auslande', 'Kgl. Akademie der Künste Paris Platz 4', and 'Juni Juli'. Below it: 'Eintritt 1 M., Sonntag bis 2 Uhr u. Montag 2 M.'

DER HIAS. Im I. Akt: Hias und das Kammerkätzchen. Die Flucht des Hias aus französischer Gefangenschaft. Der Traum des verwundeten Leutnants. Im II. Akt: Der gescherte Alisi. Das urfidele Front-Brett. Im III. Akt: Das Kriegsgericht. Die glänzende Film-Einlage: „Sturm auf Schloß Mont-Plaisier“. Täglich 7 1/2 Uhr abends. Sonntag 2 Vorstellungen: 3 1/2 und 7 1/2 Uhr. Walhalla-Theater • Weinbergsweg.

SARRASANI MORGEN. Erstaufführung: Massen-Manegeschaustück Torpedo - los! Zirkus-Busch-Gebäude.

Admiralspalast. Die Prinzessin von Tragant. Sajdah Deutsche Tänze. 7 1/2, Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Theater der Friedrichstadt. Ecke Friedrich- u. Linienstr. Täglich 7 1/2 Uhr: Die erste Geige. Sonnt. nachm. 8 1/2, kleine Pr.: Jugend.

Dem Pneu gleichwertig. Elastisch / Geräuschlos / Sofort lieferbar. Saubere Arbeit / Grosse Haltbarkeit. Tausende im Gebrauch. BALLINIT. Reifenfabrik G. m. b. H. Berlin SW 61, Waterloo-Ufer 19. Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 3038.

Kgl. Preuss. Klassenlotterie. Ziehung 1. Klasse 9. und 10. Juli 1918. Lose [1917*]. 5, 10, 20, 40 M. und Porto bei Vorauszahlung für alle 5 Klassen. 25, 50, 100, 200 M. und Porto. Königl. Preussischer Lotterie-Einnahmer. Berlin S 14, Prinzenstraße 79, am Moritzplatz. Tägl. Gewinnlisten zur Preuss.-Südd. Klassenlotterie 1.—5. Klasse zum Preise von 9 M. versendet postfrei. H. C. Hahn's Wwe., Berlin S 14, Alexandrinenstr. 70 und Prinzenstr. 79.

O weh! Der Schnürsenkel. Ist schon wieder gerissen. Preis meiner hervorragend haltbaren, äußerst preiswerten, reinbaumwollenen, schwarzen Schnürsenkel, kein Ersatz, 1 Paar für Kinder 60 Pf., für Herren 75 Pf., für Damen 85 Pf. inkl. Verpackung u. Verschleißlos. Unter 6 Paar werden nicht abgegeben. Zahlreiche Nachbestellungen. 216/15* Versandhaus Margot, Abt. III. Berlin-Zehlendorf, Georgenstr. 7. — Postfach 20: Berlin 38539. Berlin SO. 16. H. & P. Uder, Engelufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Bis auf weiteres: Geschäftszeit 8—11 und 2—6 Uhr. Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3014.

Ein wirtschaftlicher Aufschwung. unseres Handels u. der Industrie wird die Folge dieses Krieges sein. Eine tiefgreifende Aenderung unseres gesamten öffentlichen Lebens steht bevor und unzählige Stellen werden neu zu schaffen sein. Es werden daher überall geprüfte und geschulte Kräfte gesucht. sein. Beamte, Lehrer, Angestellte d. Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch u. gründlich ohne Lehrer, durch einfach. Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Ein-Freiw.-Prüfung u. das Abitur-Examen nachzuholen od. die fehlenden Kenntnisse zu ergänzen sowie vortr. Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichtsmethode „Rustin“. Ausführl. 60 S. starke Broschüre kostenlos durch Bonness & Hachfeld, Potsdam, Postfach 224.

Wir kaufen gebrauchte Bindfaden Zelluloid-Film-Hartgummi-Wachswalzen-Schallplatten. Ordern G. m. b. H., Georgenstr. 50 (b. Alexanderplatz) Friedrichstr. 45. Jede Zimmerstraße. 9—12 1/2, 2 1/2—6 1/2.

Geschichtliche Tat. Karl Marx. Auswahl und Einleitung von Franz Diederich. Preis: Gebunden 1.20 Mark, gebunden 4.50 Mark. Der reiche Inhalt des Buches umfasst folgende Gruppen: 1. Revolutionen - Reformen 2. Die kapitalistische Produktionsweise 3. Arbeiter u. Arbeiterbewegung 4. Sozialismus und Arbeiterbewegung 5. Geschichtsauffassung. Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 6, Lindenstraße 3. In dem Ausgabestellen der Vorwärts zu haben.

Zentralverband der Lederarbeiter u. -arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverein Berlin II. Nachricht. Der Aufruf. Gustav Egerland. starb am 20. 6. 18 an Lungenerkrankung im Alter von 67 Jahren. 133/5. Wir verlieren in ihm einen der Mitbegründer unseres Verbandes. Ehre seinem Andenken! J. H.: Der Vorstand. Berlin II.

Verband der Sattler und Portefeullier. Ortsverwaltung Berlin. Am 21. Juni verstarb im Lazarett zu Jüterburg unser Mitglied Max Garezynski im Alter von 29 Jahren. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. Juni, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Karillon-Kirchhofes in der Calenbeide aus statt. 157/17 Die Ortsverwaltung.

Paul Jaeschke. 1884 Köpcke Str. 45. Ruhe laßt in fremder Erde.

Hermann Ehlert. Beerdigung findet Sonnabend, den 29. Juni, auf dem neuen Johannis-Kirchhof in der Seefrage statt.

Dankfagung. Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Verband der freien Galt- und Schanzen-Gesellschaft Charlottenburgs, den Herren der Firma R. Stod u. Co., Göpenicker Straße, der Direktion des Münchener Brauereibaus sowie für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzsendungen bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes meinen herzlichsten Dank. Witwe Anastasia Kluge, 12821 Charlottenburger Ufer 1.

Spezialarzt Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof. Behandl. von Syphilis, Haut-, Gicht-, Frauenleiden. (Bes. von J. H. Jäger, Jägerstr. 10, für die herliche Teilnahme und reichen Kranzsendungen bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes meinen herzlichsten Dank. Witwe Anastasia Kluge, 12821 Charlottenburger Ufer 1.)

Hausgreuel und Heimkultur.

Das Verlangen nach Schönheit ist jedem Menschen ein- geboren.

Es ist schon eine Weile her, da besuchte ich an einem Sonntag- morgen eine mir befreundete Arbeiterfamilie. Die Leute waren jungverheiratet. Ihre Wohnung war sehr klein; sie bestand nur aus zwei Zimmern; in dem einen kochten und wohnten sie, in dem andern schliefen sie. Aber ob! sie glaubten wohl zu wissen, wie man sich eine Häuslichkeit schön einrichtet. Da stand das unvermeidliche Bettsofa, reich mit Kippfächeln besetzt; in der linken Ecke am Fenster, von der Mullgardine sonst beschattet, thronte auf einer Säule ein künstlicher Palmen- stoc, der seine dünnen, grünlackierten Wedel vornehm spreizte; rechts in der Ecke am anderen Fenster, auf einer ebensolchen Säule, ein mit seinem greifenden Messingrichter mächtig ausladendes Grammophon, der Stolz des musilliebenden Hausherrn. Und eben hob die Wanduhr zum Schläge aus; neun langgedehnte, feierlich gestimmte Töne, Marie Dommong. Die Hausfrau, während sie ihr Kleines badete, hielt ein paar Augen- blicke in ihrer Arbeit inne und sah mich fragend an: Welt, das hatte ich wohl nicht erwartet? Ihr strahlender Blick schien zu sagen: wenn wir auch nur arme Leute sind, sein haben wir es doch zu Haus. — Ein ganz geschmackloser Salonstul war hier zum Rahmen einer Arbeiterwohnung geworden. Neben dem Palmen- ständer wusch die Hausfrau Wäsche, auf dem Ofen brodelte das Wasser, das Mittagessen war schon aufgesetzt und erfüllte den Raum mit seinen Dämpfen. In der Röhre hing ein Holzgefäß von der Decke herab mit fünf oder zehn Armen, das zum Aufnehmen der fettiggewaschenen Kleinwäsche bestimmt war, die an der Wärme- stelle trocknen soll. Auf die „Ottomane“ wogte ich mich nicht zu setzen; sie war mit gedäkelten Decken belegt, die jedes Ver- langen, da auszurutschen, schon im Keim erstickten; und die Lehne schmiedete ein panzerartiger Auftrag, auf dem allerlei Biergläserchen nicht ohne leis klapperndes Geräusch in wackelnder Bewegung waren — wer wolle! da seinen müden Leib zu Gast laden?

Ich könnt noch viel berichten, was alles mir bei diesem Morgen- besuche im Heim der Freunde nicht gefallen hat. Ich will's nicht tun. Auf dem Nachhauseweg aber ging mir mancherlei im Kopf herum. Die Leute wollten schön und behaglich wohnen. Abgesehen davon, daß sie eine völlig unzulängliche Behausung hatten — aber mit einigem Geschmack läßt sich auch hier mancherlei erreichen. Es geht nicht an, eine Einzelzimmerwohnung, in der ge- kocht, gewaschen und was alles sonst noch getrieben wird, mit Möbelstücken einzurichten, die allenfalls in die so oft verrufene, sogenannt gute Stube passen mögen. Was den Leuten fehlt, ist nicht, als ein wenig Geschmacksbildung, eine Ahnung von Wohnkultur. Die meisten Wohnstätten sind charakterlos. Ein Salon ist ein Salon, und eine Wohnstube soll den Charakter des Behaglich- wohnlichen tragen. Meist findet man alles durcheinander, es kommt kein Stil auf und sie leben, obgleich viel Geld in sie hineingesteckt worden ist, so und nicht anders, im höchsten Grade unwohllich und ungemütlich. Wer aber glaubt, diesen Zustand nur in kleinen und Arbeiterwohnungen anzutreffen, irrt sehr.

Ein gewisser Schönheitsstern ist ihnen allen eigen, die sich solcher- art eingerichtet haben, nur ist er noch ganz ungeläutert, nicht natür- lich. Es ist oft rührend, anzuleben, mit welcher hehmem Bemühen der Mensch versucht, Schönes, den Sinnen Wohlgefälliges um sich her aufzubauen — wenn er mit seinem Ungeschmack so staunens- wert hilflos daneben greift.

Aber das Grundübel liegt in der Zeit, die nicht wahr ist gegen sich selbst. Die große Industrie brachte den Aufstieg des Bürger- tums; das ist schon lange her. Geld kam unter die Leute. Eine neue Gesellschaftsrichtung rang aus der Tiefe, alte Ideale rückten näher: was Jense sind, die gesellschaftlich aber uns stehen, zum Donnerwetter! das sind wir auch — oder, wenn wir's schon nicht sind, so wollen wir's doch sein. Das ist's! Und dieses Scheinewollen, was man nicht ist, verdirbt nicht nur die Sitten, es verdirbt auch den guten Geschmack.

In einer Möbelhandlung steht ein Kleiderschrank. Kobel steht er aus, hübschgemalt, aus der Ferne von echtem Kirschbaum kaum zu unterscheiden. Man sieht das Möbelstück in vielen Tausenden von Wohnungen, und seine Besitzer denken sich nichts dabei; sie wissen nicht, daß sie sich damit die Lüge ins Haus gekauft haben. Das einzige, worauf dieser Schrank stolz sein könnte, sein reines, unerborenes Selbst, seine wahre Natur, ist vom Maler

überpinselt worden. Nun ist er nur noch Schein — aber Schein von einem „Höheren“, „Besseren“. So ist der Mensch! Kleider machen Leute. Aber wer etwas ist, braucht nach außen hin nichts aus sich zu machen, braucht nicht zu tun, als ob er etwas sei. Er hat seinen Wert in sich. Aber die Lüge im Haus spinnt ihre Fäden über alle Stücke. Der Geschmack am Echten, Natürlichen, Wahren ist verdorben.

Was hat der Krieg an Geschmacksgreuel nicht alles hervor- gebracht! Eine sehr geschäftige Industrie hatte frühzeitig die Bitterung für das, was Ungeschmack zur Ausbäckung seines Geims verlangt. Kriegsgewinnler, rasch emporgelommene Profit- schlucker, gut verdienende Arbeiter erinnern sich lang zurückgestellter Wünsche; Schönheitsdurst lechzt gierig nach Befriedigung. Schund bläht sich in allen Schaufenstern.

Die Künstler-Steinzeichnungen aus dem Teubner-, aus dem Voigtländer-Verlag und die schönen Reproduktionen, die der „Kunst- wirt“ herausgegeben hat und an denen jeder, der sie sieht, seine helle Freude haben muß, stehen im Wettbewerb mit dem glanz- lodierten Nichts der Delbrückbilder aus der Massenindustrie. Schil- licher Gemütszint und sentimentalischer Schwulst ist Krumpf! Die kirchigen Wandbilder „Als er Abschied nahm“ und „Als er wiederkam“ feiern in vielerlei Gestalt eine unräumliche Auferstehung. „Kriegers Abschied und Heimkehr“ in buntemaltem Gips (und teuer meist, unterschämt teuer) sieht man in jedem Warenhaus; Kichen- becker mit dem Wildnis Hindenburgs auf dem Grunde, Schlummer- lissen, mit dem Kronprinzenbilde eingestrichelt und der Aufschrift „Immer feste druff!“, oder mit dem Zweifelsfährde und der sin- nigen Aufforderung: „Nur ein Viertelstündchen“; Fußabstreicher mit eingewirktem Eisernen Kreuz; Waichgarnituren mit vaterländischem Bilderschmuck; Kaffeegeschirre „zur Erinnerung an den großen Weltkrieg“; dann Kriegergedächtnistafeln in künstlerisch schauer- hafter Ausführung mit der fast lebensgroßen Photographie des Verstorbenen und mit prunkvollem Rahmen, gar auf die Staffelei zu stellen — oh, die Fabrikation weiß, was das „ungebildete“ Publikum verlangt! Und sie darf auch hohe Preise fordern, es wird schon bezahlt; wenn der Kaufpreis hoch ist, muß doch wohl auch was Großes an der Sache sein! Ver- scheiden steht das wirklich Gute im Hintergrund. In vielen Fällen ist es überhaupt nicht zu haben, weil die Geschäftsleute oft selbst zwischen wahrhaft schön und minderwertiger Nachahmung oder künstlerischem Schund nicht unterscheiden können, weil sie an dem einen mehr als an dem anderen verdienen, oder: „das Publikum verlangt es ja nicht anders“. So fließt in breiten Strömen künst- leriſche Unkultur durchs Land.

Man muß es den Leuten sagen, die solche Dinge kaufen, und man muß es ihnen derb und deutlich sagen, daß ihr gering ge- schulter Kunstverstand schmachvoll ausgedeutet wird, daß ein Heer von Geschäftsmachern auf Kosten ihrer Redlichkeit sich hier die Taschen füllt. Wer von gutem Geschmack geleitet wird, weiß für weniger Geld besseres einzukaufen. Auch der Verniste, wenn er recht be- raten ist, kann seine Wohnung schön und nett und freundlich aus- gestalten und seinem Verlangen nach Verschönerung des Daseins reichlich Nahrung bieten. Es ist höchst bedauerlich, zu sehen, für welche Richtigkeiten in Menge heute viel Geld ausgegeben wird. Eine künstlerische Geschmacksbereidung des breiten Volkes tut not; nicht nur aus erzieherischen, auch aus volkswirtschaftlichen Gründen ist das dringend zu wünschen. Karl A. Meyer.

Buchekern-Buchel.

Genosse F. A. Soubert schreibt uns: Ich habe in Nr. 172 des „Vorwärts“ den Beitrag unter dieser Ueberschrift mit Interesse gelesen. Es stimmt alles, was darin ge- sagt ist — bis auf einen Punkt. Nämlich, damit der Buchekern auch den armen Leuten wirklich zugun- kommen, dürfen nicht wieder solche hinderliche Bestimmungen erlassen werden, wie es vor zwei Jahren, wo wir auch eine sehr gute Buchekernernte haben konnten, in Thüringen der Fall war.

Da war das Buchekernsammeln auf eigene Rechnung und Ge- fahr verboten. Wer sammeln wollte, der mußte sich von der in Frage kommenden Oberförsterei eine Bescheinigung ausstellen lassen. Diese Bescheinigung zu erhalten hatte aber für den größten Teil der armeren Leute keine Schwierigkeiten. Und zu alledem mußten dann die gesammelten Buchekernern, — da sie als Delikt beschlag- nahmt waren — abgeliefert werden.

Wohl gab es immerhin solche Sünder, die ohne die bedürftliche Genehmigung gesammelt hatten. Teneu ist es aber, soweit sie der

Arm des Gesetzes erreichte, schlecht ergangen. Nicht nur, daß man ihnen das Del ohne jede Entschädigung wegnahm, sie wurden auch, wegen dieser Selbsthilfe zum besseren Durchhalten, obendrein noch gerichtlich bestraft.

Ungeheure Mengen von Buchekern sind vor zwei Jahren im Walde zugrunde gegangen. Als in einem der Thüringer Landtage auf das verfehlte Vorgehen der Behörden hingewiesen wurde, da suchte sich die Regierung mit der schönen Ausrede herauszuhehlen, daß es gar nicht so viele Buchekern gegeben habe.

Nun aber, wo dieses Jahr die Buchen bereits so voller Kapseln hängen, wie es äußerst selten einmal der Fall ist, sollte man gerade mit Rücksicht auf die ärmeren Leute von allen unnünftigen Be- schränkungen beim Sammeln der Buchekern absehen. Das Sammeln der Buchekern sollte freigegeben werden, damit auch die Armen etwas von diesem Segen unserer Buchenwälder haben.

Wie das „ostpreussische Gold“ entstand.

Während die Provinz Ostpreußen im allgemeinen sehr arm an nutz- baren Mineralerzstätten ist, besitzt sie doch ein Bergwerk, das in jeder Beziehung starkes Interesse verdient. Diese Fundstätte, die in der Zeitschrift „Ostpreußen“ geschildert wird, liegt in der nord- westlichen Ecke des Samlandes, und sie birgt das „ostpreussische Gold“, nämlich den Bernstein. Da Ostpreußen nach dem glück- lich überwundenen Russeneinfall einer neuen Area lebhafter Tätig- keit entgegengeht, darf auch die Ausnützung seines Bernsteinbesitzes nicht übersehen werden. Die Frage nach der Entstehung des Bernsteins, den man vorerst lediglich für ein Erzeugnis des Meeres hielt, war lange Zeit umstritten, und am häufigsten waren die Meinungen, nach denen es sich um ein Material tierischer Herkunft handelte. Im vorigen Jahrhundert aber vermochte die Forschung endgültig festzustellen, daß der Bernstein im Grunde nichts anderes ist, als das Harz vorweltlicher Kiefern- und Nichtenarten. Wenn jenen Bernsteinbäumen durch Witterungseinflüsse oder Insekten Schaden zugefügt wurde, so floß das Harz in wiederholten Er- güssen aus den Wundstellen und tropfte auf den Waldboden. Von besonderem Einfluß auf die Verschiedenheit der Färbung und Klarheit des Bernsteins wurde die Sonnenwärme, durch die das an die Oberfläche getretene Harz mehrmals umgeschmolzen wurde. In der geschilderten Weise konnten sich im Laufe von Jahr- tausenden große Bernsteinvorräte in dem Waldboden anammeln. Diese Entwicklung vollzog sich in der Tertiärzeit, und die Bernstein- wälder bedeckten große Strecken eines Gebietes, das heute das mittlere und das südliche Schweden, Finnland und Estland sowie Teile der damals noch festland gewesenen Ostsee umfaßt.

Deute bildet der Waldboden der Bernsteinwälder, in dem sich das Harz anhäufte, längst nicht mehr seine Lagerstätte. Durch die Senkungen der Erdoberfläche, durch welche die Ostsee gebildet wurde, gingen die Wälder unter, um vom Meere übersüßet zu werden, Gemeinsam mit den Bestandteilen des Waldbodens wurde der Bernstein von den Meereswogen fortgeführt und dann an anderen Stellen als eine Bernstein führende tonige Sandschicht, die so- genannte „blaue Erde“ abgelagert. So entstand das einzige bekannte Bernsteinbergwerk im nordwestlichen Teil von Samland. Durch Bohrungen wurde eine zusammenhängende Lagerstätte in einem ungefähr 800 Quadratkilometer großen Gebiet festgestellt. Sie beginnt an der Nordküste in Höhe des Meerespiegels und senkt sich dann nach Süden, um bei Balnicken etwa 6—7 Meter unter den Meerespiegel zu reichen. Dieses Bergwerk ist schon darum merkwürdig, weil seine Schichten durch den Abzug aus dem Meere entstanden sind, es hat also den Bernstein vom Meere bezogen. In Anbetracht des Ostpreußen zugewandten gesteigerten Interesses sei auch auf diese Bernsteinwerke aufmerksam gemacht, die die einzigen in ihrer Art sind.

Notizen.

— Die Wiener Philharmoniker legten am Mitt- woch und Donnerstag ihr Gastspiel im Circus Euca mit einer Auf- führung von Beethovens neunter Sinfonie fort. — Leider können wir darüber nicht berichten, da die Kommandantur es für gut fand, die uns zugelegten Karten weiter zu geben und es sonst keine Möglichkeit gab, solche zu erhalten. Die Presse existiert für gewisse Kreise nur, wenn es gilt, tägliche Klammernotizen unterzubringen.

— Vorträge. Ueber „Meine Esergebnisse auf S. M. S. Wolf“ spricht Oberbootsmannmaat Wölke am Freitag und Sonnabend 8 Uhr in der Treptow-Sternwarte.

Lodz. Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond

„Was für Hinterwäldler! Fossilien!“ brummte er etwas aufgebracht, im Zimmer herumgehend. Endlich setzte er sich und las den Brief seiner Braut.

„Mein teurer Herr Worowiecki! Herzlichen Dank für den letzten Brief. Großpapa hat er eine große Freude gemacht, mich hat er einfach gerührt und fortgerissen. Wie gut Sie sind! Durch einen Voten gar die Blumen zu schicken.“

Er lächelte höhnisch. Die Blumen hatte er nämlich von seiner Geliebten in solchen Mengen bekommen, daß er nicht mehr, was damit anfangen. Er schickte sie der Braut.

„Die schön diese Rosen sind! Sie sind doch nicht aus Lodz! Wie leicht hat mein teurer Herr sie gar aus Rizza kommen lassen, wie damals? Das würde mich sehr freuen und zugleich sehr betrüben, weil ich mich mit nichts gleich Schönerem rebanchieren kann. Wissen Sie, heut noch zwei Wochen sind die Blumen noch ganz unverändert — das ist wunderbar. Ich pflege sie zwar sehr gut, jedem Blättchen habe ich, es mit den Lippen berührend, gesagt: ich liebe. Aber... Großpapa lacht über mich und sagt, er würde es Ihnen mitteilen, drum sage ich Ihnen lieber selbst die Wahr- heit. Sie sind mir doch nicht böse darum?“

„Die liebe Anka,“ flüsterte Karl, vom Gefühl über- wältigt, und las mit glänzenden Augen weiter.

„Die Sache mit dem Geld ist schon erledigt. Es liegt in der Handelsbank zu Ihrer Verfügung. Ich habe es nämlich auf Ihren Namen eintragen lassen. Auf unseren Namen...“

„Ein Goldmadel!“

„Wann wird's denn die Fabrik geben? So ungeduldig warte ich schon drauf, so neugierig bin ich sie zu sehen, und meinen teuren Herrn als Fabrikanten! Und Großpapa hat sich sogar eine Pfeife angefertigt und wecht uns mit ihr und ruft uns zum Frühstück und Mittag zusammen.“

Gestern war Herr Adam Stawski bei uns, können Sie sich noch an ihn erinnern? Die Herren sollen im Gymnasium zusammen gewesen sein? Sehr interessante und lustige Ge- schichten erzählte er aus eurem Leben. Von ihm erfuhr ich erst, daß mein lieber Herr Karl so ein Nichtsmuz war, und so viel Glück bei den Frauen hatte schon im Gymnasium. Aber Großpapa widerspricht dem energisch und behauptet, daß Herr Stawski ein berühmter Lügner ist. Wem soll ich glauben?

Herr Stawski hat alles verloren, weil ihm die Gesell- schaft sein Gut verkauft hat. In nächster Zeit soll er nach Lodz fahren, er wird Sie auch besuchen.“

„Noch ein Krüppel!“ flüsterte Karl unwillig.

„Er hat irgendeine Idee, eine Erfindung, und verspricht sich damit in Lodz ein Vermögen zu machen.“

„Idiot! Nicht der erste und nicht der letzte.“

„Ich muß schliefen, weil mir die Augen zufallen und Großpapa immer reinruft, ich soll schlafen gehen. Gut! Nacht, mein goldener König, gut! Nacht! Morgen schreib' ich aus- führlicher. Gut! Nacht!“ Anka.

In der Nachschrift wurden die Ueberbringer des Briefes noch besonders warm empfohlen.

„Das Geld ist also da. Das ist gut, sehr gut. Zwanzig- tausend Rubel, ein Goldmadel. Ohne sich zu besinnen, gibt sie ihre Mitgift her.“

Er las den Brief noch einmal und schob ihn in den Schreibtisch.

„Ein goldiges, gutes, sich aufopferndes Madel, aber... aber? Zum Teufel!“ Er stampfte mit dem Fuß auf den Teppich und begann gedankenlos in den Papieren, die in Haufen auf dem Tisch lagen, herumzustöbern.

„Ja, gut ist sie, die beste vielleicht von denen, die ich kenne, aber... aber... was geht sie mich an?... Liebe ich sie denn? Habe ich sie je geliebt? Wenn ich die Frage offen stelle!“ dachte er, sich alles ins Gedächtnis zurück- rufend.

„Der Wagen des Herrn Buchholz wartet auf den Herrn Direktor,“ meldete Matthias.

Vorowiecki stieg ein und fuhr zu Buchholz.

Der Fabrikant wohnte ganz am Ende der Stadt hinter seinen Fabriken. In einem großen Park stand das einsöckige Palais, im Lodzer-Berliner Renaissancestil, mit einer Reihe von zierlichen Fassaden und einer Terrasse auf dem Dach.

Auf dem Rasen vor der Auffahrt schimmerte eine Gruppe großer, trauriger Birken in weißen Farben. Die Wege waren mit Kohlenschläde bestreut und liefen wie Streifen einer schwarzen Kreuzwebung zwischen den mit Stroh um- wickelten Rosenstöcken und den südländischen Bäumen. Diese umgaben in einer langen und rechtwinklig abbiegenden Linie wie Schildwachen einen großen, viereckigen Rasenplatz, in dessen vier Ecken vier Statuen standen, die für den Winter mit vom Regen und Frost rostigen Parahentstücken umwickelt waren.

Am Ende des Parkes, an einer roten Fabrikmauer, glänzten in der Sonne die Treibhausfenster durch die niedrigen Sträucher und Bäume herüber.

Traurig war der Park und schlecht erhalten.

Ein Lakai in schwarzer Livree öffnete vor Worowiecki die Türe zum Vorzimmer, das mit Teppichen ausgelegt und von oben bis unten mit Photographien von Fabriken, von Arbeitergruppen und mit Karten der Buchholz'schen Besitzungen behängt war.

Vier Türen führten ins Innere des Hauses und eine eiserne Wendeltreppe ins obere Stockwerk.

„Wo ist der Herr Rat?“

„Oben, in seinem Arbeitszimmer.“

Der Lakai ging voran, schlug die Portieren zurück, öffnete die Türen, und Worowiecki ging langsam durch die pracht- vollen, mit ersten und schweren Möbeln ausgestatteten Räume. Durch die herabgelassenen Stores drang fast gar kein Licht herein. Tiefste Stille umgab ihn, selbst den Laut seiner Schritte dämpften die Teppiche.

Ein feierlicher, kalter Ernst lag über der Wohnung. Die Möbel standen in dunkeln Ueberzügen da, die Spiegel, die Lüster, die Kandelaber, sogar die Bilder waren mit Ueberzügen verdeckt und verschwammen in der Dämme- rung, in der nur die bronzenen Ornamente der Majoliköfen, und das Gold des Plafondstucks funkelten.

„Herr von Worowiecki!“ meldete erst der Lakai in einem Zimmer, wo am Fenster, in einem tiefen Hautteil, den Strick- strumpf in der Hand, Frau Buchholz saß.

„Guten Morgen, Herr Worowiecki!“ ließ sie sich zuerst vernehmen, nahm die Stricknadel heraus und reichte ihm die Hand mit einer automatischen Bewegung.

„Guten Morgen, Madame.“ Er küßte ihre Hand und ging weiter.

„Budel! Budel!“ schrie ihm der Papagei nach, der mit den Voten am Geländer hing.

Herr Buchholz trat Worowiecki im Wohnzimmer an.

Er saß vor einem großen Ofen aus grünen, wunderbar vergierten Danziger Kacheln und stocherte mit dem von ihm unzertrennlichen Stoc in dem brennenden Feuer.

„Guten Tag! Budel, einen Stuhl für den Herrn,“ rief er mit lauter Stimme zum Lakai, der an der Tür stand, auf jeden leisesten Wink bereit.

Karl setzte sich dicht neben Buchholz, mit dem Rücken gegen die Wand.

Buchholz hob seine roten Habichtsaugen und heftete sie eine Zeitlang auf sein Gesicht.

„Krank bin ich,“ flüsterte er, auf seine Beine zeigend, die in weißen Flanell eingewickelt, wie zwei Ballen rohen Stoffes auf einem Taburet dicht am Feuer lagen.

(Fortf. folgt.)

Die Lage an der Piave.

Italienischer Ozeerbericht vom 25. Juni. Am 24. Juni haben unsere tapferen Truppen der dritten Armee die feindlichen Nachhut in besieg und zur Uebergabe gezwungen, dabei haben wir das ganze rechte Ufer besetzt. Wir mochten 18 Offiziere und 1607 Soldaten zu Gefangenen. In der Loncalego Gegend haben unsere kühnen Alpenstruppen die Befestigung des jüdischen Teiles der Punta di Eravalla überzerrumpelt und sich dort festgesetzt.

Italienischer Ozeerbericht vom 25. Juni. Während des gestrigen Tages eroberten unsere Truppen den

Brückenkopf von Capo Sile

vollständig zurück und dehnten ihren Geländegewinn aus, wobei sie in tapferer Weise entschlossene Gegenangriffe starker feindlicher Kräfte hervorriefen und sich dagegen behaupteten. Wir nahmen acht Offiziere und 371 Soldaten gefangen. Auf der übrigen Front Artilleriekämpfe wechselnder Stärke und Tätigkeit kleiner Abteilungen. Zwischen Mori und Loppio übernahm eine unserer Sturmpatrouillen einen kleinen feindlichen Posten, setzte ihn außer Gefecht und brachte die Ueberlebenden als Gefangene zurück. Bei der Säuberung des Schlachtfeldes machten wir noch einige hundert Gefangene und stellten die vollständige Rückeroberung unserer gesamten Artillerie, die Waffen und des Gerätes fest. Die Masse der österreichischen Waffen und des Materials, die in unseren Händen geblieben sind, ist außerordentlich groß und kann nur nach langer Arbeit geordnet und festgelegt werden.

Rotterdam, 26. Juni. Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt „Manchester Guardian“: Es wäre unsinnig, jetzt von den Italienern einen großen Marsch über die Piave zu erwarten. Der Rückzug der österreichischen Armee nach der Alpenlinie sei keine Flucht gewesen. Für die Italiener würde es schwierig sein, einen raschen Vormarsch größeren Stils über den Fluß hin zu unternehmen. Man dürfe seine Erwartungen nicht zu hoch spannen.

Hertling reißt ins Hauptquartier.

Der Reichskanzler begibt sich nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am 30. d. M. für einige Zeit ins Hauptquartier. Wie das Blatt hört, war der Termin bereits vor längerer Zeit festgelegt.

Der mißlungene allddeutsche Sturmangriff.

Rühlmann bleibt.

Die Allddeutschen haben zu früh „Victoria“ geschrien. Am Mittwochmorgen glaubten sie, Rühlmann bereits gestürzt zu haben. Lot — aus — erledigt, auf diesen Ton war ihre Morgenpresse gestimmt. Die „Deutsche Zeitung“ schwur, daß Rühlmann sein Abschiedsgesuch bereits eingereicht habe. 24 Stunden darauf waren die Siegesklänge schon etwas herabgestimmt: Rühlmann werde gehen, aber nicht sofort, es werde ihm noch eine Gnadenfrist gelassen, um einige dringliche Friedensarbeiten zu Ende zu bringen, um das Aussehen weniger groß zu gestalten u. s. w. Am Donnerstagmorgen aber bringt die „Germania“, die man in den jetzigen Zeiten wohl als gut über die Regierungsabsichten informiert ansehen kann, die Nachricht: Rühlmann bleibt. Der Artikel — wohl vom Abgeordneten Erzberger geschrieben — beginnt mit folgenden Sätzen:

Es steht nunmehr fest, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes auf seinem Posten verbleiben wird. Der Vintum der Ministerarbeit im Reichstag hat ihn nicht zu Fall bringen können. Wie es bei einem neuen Zusammenstoß werden wird, den man mit Bestimmtheit erwarten kann, weiß Rühlmann trotz seiner Befähigung für den Frieden nicht zu sagen und gewisse Kreise gerade für eine solche Tätigkeit nicht das geringste Verständnis haben können, bleibt indes abzuwarten.

In dem Artikel wird weiter ausgeführt, daß In- und Ausland gerade jetzt von der Stärke unserer Regierung überzeugt sein müßten, was aber nicht möglich ist, wenn die Regierung nicht fest auf eigenen Füßen steht. Rühlmann selber würde vielleicht gern verständlich zurücktreten, aber sein Verbleiben werde durch höhere Umstände gefordert. Mit bestimmten Worten betont das Zentrumsbüro die notwendige Solidarhaftung zwischen Reichskanzler und Staatssekretär in dieser Situation:

Besonders fällt in die Wagtschale, daß der Kanzler, der bei der Rede am Montag ausgegangen war, an ihr nichts anzusetzen habe und auch am Dienstag dem Staatssekretär nicht entgegengetreten ist.

Diese Worte bestätigen, was wir in unserem gestrigen Leitartikel schrieben: „Rühlmann-Krise ist Kanzler-Krise“. Diese Feststellung ist der allddeutschen Presse sehr auf die Nerven gefallen, und sie wütet darüber in allen Tonarten, ob sie die „Berliner Neuesten Nachrichten“, einen diplomatischen Kniff oder, wie die „Tägliche Rundschau“, „eine plumpe Drohung“ darin sieht. Die „Post“ ist sehr ungehalten, daß wir ihr nicht helfen wollen, Rühlmann zu befeitigen, wie sie anfangs gehofft hat. Aber die „Post“ weiß sehr wohl, daß das, was wir an Rühlmann auszusagen haben, himmelweit verschieden ist von ihren Angriffen. Wir könnten uns hier völlig mit der „Germania“ einverstanden erklären, die zu Rühlmanns Dienstagrede, in der sie einen „teilweisen Umfall“ sieht, folgendes vermerkt:

Die Reichsparteien hätten es sicherlich lieber gesehen, wenn der Staatssekretär anders gegen die frivolen Unterstellungen und Fälschungen, mit denen gegen ihn gewühlt worden ist, vorgegangen wäre und sich im Namen seines Amtes und seiner Ehre solche Methoden entschieden verboten hätte. Dadurch hätte er bei seinen politischen Anhängern nur gewonnen, während er bei den anderen kaum etwas zu gewinnen und ebensowenig zu verlieren haben dürfte.

Rühlmanns Schwäche ist zweifellos, aber das wird uns nicht veranlassen, den Allddeutschen bei ihren Bestrebungen zu helfen, einen Mann an Rühlmanns Stelle zu bringen, der den Allddeutschen gegenüber nicht nur schwach, sondern völlig willenlos ist. Wahrscheinlich hat die „Germania“ auch darin recht, daß die Allddeutschen Rühlmann alle Worte und Redewendungen gern verziehen hätten, wenn er nur in ihrem allddeutschen Sinn von den Kriegsziele gesprochen hätte.

Verlängerung der Legislaturperiode. In der Donnerstag-Sitzung des Bundesrats wurden angenommen: 1. Der Entwurf eines Gesetzes über die abermalige Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags; 2. der Entwurf eines Gesetzes betr. den Landtag für Elsaß-Lothringen; 3. der Entwurf einer Bekanntmachung der wirtschaftlichen Maßnahmen für die Uebernahmewirtschaft auf dem Textilgebiete; 4. der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des 1. Absatzes des Gesetzes betr. Bürgerschaften des Reiches zur Förderung von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete vom 10. Juni 1914; 5. der Entwurf eines Gesetzes betr. Vorlegung eines Nachtrages zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918.

Journalistische Anhandlung. Das „Berliner Tageblatt“ hat bei Gelegenheit der Rühlmannkrise die Behauptung aufgestellt, daß ein sozialdemokratisches Organ, die „Internationale Korrespondenz“,

ganz in allddeutscher Manier Herrn Rühlmann als Defaitisten angegriffen habe. Diese Behauptung war völlig irrig. Die „I. K.“ hatte einen Artikel gebracht unter der Ueberschrift: Rühlmann, der „Defaitist“. Das Wort Defaitist hand in Anführungszeichen, und der Inhalt des Artikels ergab ganz klar, daß keineswegs die „I. K.“ selber Herrn Rühlmann einen Defaitisten nennen, sondern das Geschrei der Allddeutschen über den „Defaitisten“ Rühlmann treiben wollte. Das „I. K.“ hatte diesen Artikel offenbar gar nicht gelesen, sondern sich durch ein irreführendes Zitat der „Deutschen Tageszeitung“ hineinlegen lassen. Trotzdem vermischen wir zu unserer Verwunderung im „I. K.“, das auf seinen Irrtum aufmerksam gemacht worden ist, einen klaren und unabweisbaren Widerruf. Welches Interesse das „I. K.“ daran hat, seinen Lesern den Glauben zu erhalten, als habe irgendein sozialistisches Organ — mag auch seine Ansicht oft nicht die der Parteimehrheit sein — die allddeutsche Debe gegen Rühlmann mitgemacht, ist uns unverständlich. Das „I. K.“ möge doch seiner journalistischen Anhandlung genügen und nicht durch diese auffällige Fortnähigkeit dem, was anfangs ein entschuldigender Irrtum schien, das Aussehen bewahrter Anefertigung geben.

Der Rumänenvertrag im Hauptauschuß.

Die Weiterberatung am Donnerstag gilt zunächst noch den wirtschaftlichen Beziehungen der vertragschließenden Länder. Dieser (natl.) wünscht ein Abkommen mit Rumänien, das uns auch den Ueberfluß des Landes an Futtermitteln sichert. — Gothein (Sp.) fragt, warum nicht auch der Ueberfluß an Eiern gesichert werden sei. Der Viehbestand des Landes sei sehr zurückgegangen; in diesem Jahre sei auch eine völlige Mißernte zu erwarten. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen habe man monatelang mit der Verutung von Nachleuten gewartet und statt ihrer ausgebildete Generale schalten und walten lassen. — Ein Regierungsvertreter verteidigte die getroffenen Maßnahmen. Die Viehlieferung habe man nicht aufgeben brauchen, da alle Nachbarländer großen Ueberfluß an Eiern hätten und Deutschland fast das einzige Einfuhrland sei. — Graf Praschna (B.) wendet sich gegen die Kritik Gotheins. Er selber sei im Besatzungsbezirk tätig gewesen und habe sofort Nachleute herangezogen; die Feldbestellung habe man auf jede Weise gefördert. — Noelle (L.): Vorkriegswert sei, daß man der rumänischen Landwirtschaft alles zubillige, was man der deutschen verlange.

In Rumänien sei heute nichts mehr, das Land sei bereits auf die Zufuhren aus Beharabien angewiesen. — v. Graefe (L.) behauptet, der den Rumänen vertriebenem hohen Getreidepreis laufe auf eine von Deutschland zu zahlende Kriegsschuldigung hinaus. — Noelle (Soa.): Durch alle Reden der Beteiligten wird nicht aus der Welt geschafft, daß die Okkupationsbehörden schwere wirtschaftliche Fehler begangen haben. Herr v. Graefes Behauptung, daß wir den Rumänen eine Kriegsschuldigung zahlten, ist falsch; überdies gilt ja der hohe Getreidepreis nur für kurze Zeit, da nach dem allgemeinen Friedensschluß der Weltmarktpreis in Kraft tritt. Geheimrat Frick greift wiederholt in die Debatte ein, um die Regierungsmassnahmen zu rechtfertigen.

Bei der Abstimmung werden zunächst die Artikel 19 und 20 des politischen Friedensvertrages genehmigt, ferner die Punkte 1 bis 12 des Wirtschaftsabkommens, genehmigt wird auch das Schiffahrtsabkommen.

Zu dem rechtspolitischen Zusatzvertrag gibt Ministerialdirektor Krieger noch einige Erläuterungen über die zukünftige Tätigkeit der Konsuln. — v. Graefe (L.) behauptet den Artikel 2, der den Konsuln die Rechte der meistbegünstigten Nation zugiebt. — Erzberger wünscht für die Konsuln den gleichen Schutz wie für die Diplomaten. — Ein Antrag, der den Reichskanzler um die Errichtung möglichst zahlreicher Bezirkskonsulate in Rumänien ersucht, wird angenommen. — Ministerialdirektor Krieger sagt zu der Ansetzung Erzbergers, daß schon vor dem Kriege in Aussicht genommen gewesen sei, die

Sonderrechte der Konsuln

auf einem Weltkongress zu regeln. Die Frage unterliege andauernder Prüfung, sei aber recht schwierig. — Bei Kapitel 3 (Gegenseitiger Erlass der den Konsulaten zugehörigen Schäden) führt v. Graefe aus, daß man hier der Gegenseitigkeit geradezu sprachlos gegenüberstehe. Es werde der Anschein erweckt, als ob auch in Deutschland Ausschreitungen begangen worden seien. — Ministerialdirektor Krieger: In Rumänien seien nur zwei deutsche Konsuln bestellt worden; die Gegenseitigkeit sei eben die übliche Form solcher Verträge. — Dr. Haas (Sp.): Man solle in der Sache fest, in der Form aber milde sein. — Der Artikel wird angenommen.

Kapitel 2 (Kriegsschäden) wird vertraulich behandelt. Ministerialdirektor Krieger macht Mitteilung über die finanzielle Belastung Rumäniens sowie über die Behandlung der deutschen Gefangenen. Der in einer Resolution des Zentrums ausgesprochene Wunsch in bezug auf die Sühnung der Gefangenenmishandlung sei größtenteils schon erfüllt, weiteres werde noch geschehen. — Ueber diese Vorgänge und ihre Verpöschung soll ein ausführlicher amtlicher Bericht herausgegeben werden.

Die Besitzsteuer im Hauptauschuß.

Nach der unveränderten Annahme des Rumänenvertrages begann am Donnerstagnachmittag der Auschuß die Beratung der Kommissionsanträge zum Besitzsteuergesetz. Reil (Soa.) stellt die Frage nach der Steuerpflicht der Landesfürsten. Nach dem Sinn des Gesetzes könnten die Fürsten zwar herangezogen werden, doch müßten entsprechende positive Bestimmungen hinein. Unterstaatssekretär Schiffer: Die bisherige Kriegssteuer sei von den Landesfürsten auf Heller und Pfennig gezahlt worden. — Liesching (Sp.) vermißt immer noch zahlenmäßige Angaben über diese Steuerleistungen. Die beiden Paragrafen über die Abgabepflicht der einzelnen werden angenommen; debattelos genehmigt werden auch die §§ 1c, 1d, die die Abgabe von Wehreinkommen betreffen. Inzwischen ist ein Antrag Liesching, Reil und Genossen eingelaufen, wonach der Bundesrat die für die

Steuerveranlagung der Fürsten

zuständigen Behörden zu bestimmen hat. Dieser Antrag wird im Zusammenhang mit § 18 behandelt werden. Mehrere weitere Paragrafen werden nach Ablehnung von Abänderungsanträgen angenommen. Der § 11 sagt, daß bei der Feststellung des Einkommens der Offiziere nur die Friedensbezüge zu berücksichtigen seien. Das Reichsmilitärgesetz läßt die Kriegsbezüge ausdrücklich frei. Von verschiedenen Seiten wird auf die darin liegende ungerechte Bevorzugung der Offiziere hingewiesen, von denen sehr viele bei beamtetem Dienst ein recht hohes Einkommen hätten. Noelle (Soa.) führt dazu aus, Millionen Dienstpflichtiger seien jetzt wirtschaftlich auf schwerste geschädigt, wogegen namentlich die höheren Offiziere schon jahrelang enorme Bezüge ohne sonderliche Ausgaben hätten. In diesen Kreisen würden jetzt beträchtliche Summen aufgespeichert. — Unterstaatssekretär Schiffer behauptet, daß man differenzieren müsse; sehr vielen Offizieren, namentlich in der Türkei usw., gehe es wirtschaftlich durchaus schlecht. Eine Abänderung werde das Gesetz zu sehr komplizieren. — Gräber (B.) sagt, eine Bevorzugung der Offiziere sei angesichts der allgemeinen großen Belastung nicht zu rechtfertigen. — Reil (Soa.) betont nochmals sehr scharf die Notwendigkeit, die höheren Offiziere heranzuziehen. Die Abstimmung wird ausgesetzt, um zuerst noch einen Vertreter des Kriegsministeriums zu hören.

Landarbeiter und Arbeitskammern.

Wie schon gestern kurz berichtet, hat die Arbeitskammerngesetzkommission des Reichstags in der letzten Sitzung beschlossen, im Rahmen des Arbeitskammerngesetzes den landwirtschaftl-

ichen Erbauern eine öffentlich-rechtliche Interessenvertretung zu schaffen. Bei der Bedeutung dieser Frage erscheint es angebracht, etwas näher auf die Verhandlungen der Kommission einzugehen.

Es war charakteristisch, daß selbst die Konservativen der Kommission die Verdringung einer Interessenvertretung der Landarbeiter anerkannten. Aber sie wollten die Schaffung dieser Interessenvertretung der Landeseinrichtung überlassen, und sie verwiesen auch die Versuche, in Preußen nunmehr im Rahmen der Landwirtschaftskammern diese Vertretung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter zu schaffen. Auf den gleichen Boden stellte sich auch die Regierung. Sie hatte einen Vertreter des preussischen Landwirtschaftsministeriums herbeigerufen, der die Wünsche der preussischen Regierung darlegen sollte. Er konnte jedoch nur erklären, daß man den Landarbeitern eine Vertretung schaffen wolle. Wie sie aussehen wird, vermochte er nicht anzugeben. Ein abschließender Plan liege nicht vor.

Ein Hauptgrund für eine landesgesetzliche Regelung der Interessenvertretung der Landarbeiter war die Behauptung, daß ja die ganzen Rechtsverhältnisse der Landarbeiter der landesgesetzlichen Regelung unterliegen.

In der Kommission wurde das schärfste Mißtrauen gegen eine zweckmäßige Regelung der Interessenvertretung der Landarbeiter durch die Landesgesetzgebung laut. Es sei gar nicht daran zu denken, daß z. B. die Berufsbeamten der Organisationen der Landarbeiter für wählbar erklärt werden würden. Wer könne auch nur daran denken, daß man in Mecklenburg zu einer Interessenvertretung der Landarbeiter kommen könne! Paßsch sei auch, daß die Rechtsverhältnisse der Landarbeiter nur landesgesetzlich geregelt seien. Für Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau gelten die Ausnahmedestimmungen des preussischen Gesetzes von 1884 nicht. Ihre Rechtsverhältnisse regelten sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Rechts. Um deswillen, weil für allerdings große Gebiete Deutschlands die Landarbeiter unter einem Ausnahmestrich ständen, nun für alle Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft auch hier ein Ausnahmestrich zu schaffen, sei völlig unbegründet. Es widerspreche das der ganzen auf Zentralisierung aller des Rechtsverhältnisses der Arbeitnehmer betreffenden Gesetze gerichteten Tendenzen, die sich in der neueren Zeit bemerkbar machten. Vor allen Dingen aber auch schroden die Pläne der bayerischen Regierung, die eine Interessenvertretung der Landarbeiter dadurch schaffen wolle, daß die Landwirtschaftskammern bis zu einem gewissen Grade aus Arbeitern besetzt werden sollen.

Die große Mehrheit der Kommission war der Meinung, daß man bei einem Gesetz, das den Arbeitern eine Interessenvertretung schaffen soll, die Landarbeiter nicht ausschließen könne. Die Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Landwirtschaft soll nach Meinung der Kommission durch besondere Arbeitskammern erfolgen. Dabei bestand aber bei der großen Mehrheit der Kommission Uebereinstimmung, daß diese Arbeitskammern der Landarbeiter nicht von den allgemeinen Arbeitskammern völlig losgelöst sein sollen. Die Mitglieder dieser Arbeitskammern sollen bei der Erörterung und Beratung all der allgemeinen und gemeinsamen Fragen des Aufgabenkreises der Arbeitskammern überhaupt in die allgemeinen Arbeitskammern eintreten. Die Aufgabe der landwirtschaftlichen Arbeitskammern beschränkt sich also auf die Spezialfragen der Landwirtschaft.

Letzte Nachrichten.

Curzons Weltstrafbund.

Die Reiter teilt, sprach Lord Curzon im Oberhaus über die Frage und den Grundlag des Völkerbundes und die Bildung eines Tribunals, dessen Anerkennung durch entsprechende Sanktion erzwungen werden könnte. Er sagte: Der Bund des britischen Reiches und der Bund der zwanzig bis fünfundsiebenzig verbündeten Nationen, um den deutschen Militarismus zu brechen, existiere bereits und umfasse gegen zwei Drittel der Menschheit.

Inmitten der Aeußerungen Lord Curzons über die Grundzüge für einen Völkerbund variiert der Satz:

Wenn wir einen Weltgerichtshof haben, so ist es theoretisch selbstverständlich, daß der Bund alle Staaten einschließen muß; aber der Gedanke, daß Deutschland in einen solchen Bund aufgenommen wird, ist schwer zu denken.“

Es wird angebracht sein, die Kritik des Planes, der von Curzon im Namen der englischen Regierung vorgeschlagen wurde, von diesem Satz aus zu beginnen.

Kampf um Turatis Rede.

Stockholm, 27. Juni. Turatis Rede in der italienischen Kammer, worin ansichts der nationalen Gefahr das Aufgeben des Klassenprinzips proklamiert wurde, veranlaßte den Vorstand und die Fraktion der sozialdemokratischen Partei, sofort zu Beratungen zusammenzutreten, die teils gemeinsam, teils getrennt stattfanden und zwei Tage dauerten. Die Reichsliste und der Avonilkommentar wurden gänzlich konfiszirt.

Skoropadskis Agrarreform.

Kiew, 25. Juni. Die „Kiewskaja Ras“ meldet, erklärte der Hetman bei einem Empfang einer Bauernabordnung aus vier ukrainischen Gouvernements, daß ein Landgesetz in Ausarbeitung begriffen sei, daß die Schaffung vernünftiger Reformen aber Zeit erfordere. Die großen Güter würden verschwinden und die staatliche Landbau die Aufstellung an die landarmen Bauern übernehmen. Die Gemütsverfassung würde umgearbeitet werden, um die Bildung eines kräftigen Bauernstandes als bestes Bevölkerungselement herbeizuführen.

Epidemische Influenza.

Mainz, 27. Juni. Die Wasserversorger, die seit Donnerstag unter der Arbeiterschaft eines Ruffelsheimers Großbetriebes eingetreten waren, erweckten trotz des quartigen Verlaufs der Krankheit allerlei Gerüchte, die dem Abgeordneten Aelung in Mainz veranlaßten, im bessischen Ministerium in Darmstadt in dieser Angelegenheit vorzulegen zu werden. Geheimrat Obermedizinalrat Dr. Walzer erklärte, daß es sich um eine Influenzaepidemie handele, die aber ihren Höhepunkt offenbar bereits überschritten habe. Wenn man auch eine Infektion in gegenwärtiger Zeit nicht gerade leicht zu nehmen habe, so liegt doch kein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung vor. („Zeff. Stg.“)

Zum Tode verurteilt.

Wiesbaden, 27. Juni. Das Schwurgericht verurteilte heute den Gelehrte Ludwig Renno aus Münster im Taunus wegen Raubmordes zum Tode. Renno hatte in der Nacht vom 30. auf den 31. März den Geiger Fuchs vom Döckster Brauhaus erschlagen und betraubt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Zersplitterung der Kriegsteilnehmerbewegung.

Christliche und Hirsch-Dundersche Doppelzüngigkeit.

Aus Kriegsteilnehmerkreisen wird uns geschrieben: In die Kriegsbefähigten- und Kriegsteilnehmerbewegung ist in den letzten Monaten ein geradezu tolles Gründungs- fieber hineingekommen, das zu unheilvollsten Zersplitterungen führen muß. Zu Beginn des Jahres gab es hier nur zwei nennenswerte Organisationen: den Reichsbund der Kriegsbefähigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer und den (gelben) „Offener Verband wirtschaftlicher Vereinigungen“. Seitdem ist ein halb Dutzend Neugründungen dazu gekommen. Der preussische Minister Drews wie Herr August Scherl vom „Lokalanzeiger“, der pensionierte General Vollbrecht, wie einige gänzlich unbekannte Leute haben plötzlich ihr Talent zum Gründen von Kriegsteilnehmerorganisationen entdeckt, nachdem der Reichsbund gezeigt hat, daß der Gedanke zugkräftig ist. In München wird eine neue Organisation gegründet, von der vorläufig nichts besteht, als ein weißer aus Offizieren gebildeter Vorstand und ein Beirat von bürgerlichen Reichstagsabgeordneten, die nie im Felde gewesen sind. In Stuttgart bildet sich eine „Kriegskameradschaft Hindenburg“ u. a.

Nun kommen noch der gestrigen Meldung des B. L. B. auch noch die Christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften mit einem weiteren Gesolge von Organisationen, ihre eigene Kriegsteilnehmerbewegung zu gründen und damit neue Zersplitterung in die Reihen der ehemaligen Feldgrauen zu tragen. Diese Zersplitterung ist das Allerweltsche, was bisher dagewesen ist; denn diesen beiden Organisationen ist mehrfach sehr entgegenkommend angetragen worden, sich an einer neutralen Kriegsteilnehmerorganisation zu beteiligen, die sich an sämtliche Richtungen und Gewerkschaften der Angestelltenorganisationen anlehnen sollte. Das haben sie ständig abgelehnt mit der Begründung, daß sie eine derartige Organisation für absolut überflüssig hielten. Der Reichsbund der Kriegsbefähigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hat mit Schreiben vom 8. Februar die Gewerkschaften aller Richtungen zur Teilnahme an seiner ersten Weimarer Tagung eingeladen. Die christlichen Gewerkschaften lehnten am 28. März durch ein Schreiben des Herrn Adam Stegerwald ab, das sich auf das Schroffste gegen jede Gründung besonderer Kriegsbefähigtenvereinigungen aussprach. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zogen am 30. März ihre bereits zugesagte Vertretung wieder zurück. In ihrem Schreiben heißt es:

„Die wirtschaftlichen Interessen ehemaliger Kriegsteilnehmer, also auch die der Kriegsbefähigten, können durch die Mitwirkung der Berufsorganisationen erfüllt werden und es bedarf besonderer Vereinigungen hierfür nicht.“

Am 15. März 1918 fand im Reichstagsgebäude eine Besprechung zwischen Vertretern des Reichsbundes und Gewerkschaftsvertretern statt. In dieser Besprechung bot der Reichsbund zur Sicherstellung eines Zusammenwirkens auch den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften eine Vertretung in seinem Vorstand an. Beide Organisationen lehnten jedoch ab, wiederum mit der Begründung, daß die Fürsorge für die Kriegsbefähigten lediglich Aufgabe der Gewerkschaften sein und bleiben müsse.

Im April 1918 machte der Reichsbund nochmals einen Versuch, ein Zusammenarbeiten mit den christlichen Gewerkschaften zu erzielen. Wiederum lehnte Herr Stegerwald ab. Diesmal ging seine Begründung dahin, daß die Zusammenfassung von Kriegsteilnehmern und Kriegsbefähigten in einer Organisation das entscheidende Hindernis sei. Wörtlich sagt ein Schreiben vom 20. April:

„Das Entscheidende für das ablehnende Verhalten des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften gegenüber dem Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbefähigten ist der Umstand, daß in letzterer Organisation Kriegsteilnehmer und Kriegsbefähigte dauernd einheitlich zusammengefaßt werden sollen. . . An einer gemeinsamen Kriegsteilnehmerorganisation auf der breiten Grundlage, wie sie der Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbefähigten vorzieht, kann sich der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften nicht beteiligen.“

Dreimal haben diese Herren also feierlich jede Organisation der Kriegsbefähigten und Kriegsteilnehmer außerhalb der Gewerkschaften für gänzlich überflüssig erklärt. Und wenige Wochen darauf gehen sie hin und — gründen selbst eine. Noch mehr, sie gründen ihre Organisation nach genau derselben Methode, die sie dem Reichsbund gegenüber als den entscheidenden Fehler bezeichnet haben, der sie an der Mitarbeit in diesem hindere: sie fassen Kriegsbefähigte und Kriegsteilnehmer in einer Organisation zusammen. Ihr doppelzüngiges Verhalten ist damit zur Genüge gekennzeichnet. Es war ihnen von Anfang an um eine Zersplitterung der Bewegung zu tun. Aber sie hatten nicht den Mut, das zuzugeben und verstickten sich hinter Vorwände, an die sie selbst nicht glaubten. Die Kriegsteilnehmer aber werden wissen, was sie von dieser Doppelzüngigkeit zu halten haben.

Die Riemenbeschlagnahme in der Textilindustrie

hat 191 Betriebe der Forster Tuchindustrie veranlaßt, eine Eingabe an das Kriegsamt, das Reichslanzleramt, Reichswirtschaftsamt, den Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe und an die Kriegsamtstelle in den Marken gerichtet, in der gegen die Wegnahme der Treibriemen Einspruch erhoben und darauf hingewiesen wird, daß diese Maßnahme die Katastrophe in der Textilindustrie besiegelt. Die Entnahme der Hauptantriebsriemen aus den jetzt stillgelegten Betrieben bedeute, daß dieselben auch für lange Zeit nach dem Kriege und besonders in der wichtigen Uebergangswirtschaft nur noch Brack seien. Hierbei ständen nicht nur Arbeitgeberinteressen, sondern in viel höherem Maße solche der Arbeitnehmer auf dem Spiele. Denn bei Kriegsende würden wieder ungezählte, jetzt noch gebundene Arbeitskräfte frei, die aus natürlichen Gründen wieder ihren früheren Beschäftigungen zufließen würden. Der größte Teil der jetzt stillgelegten Betriebe würde gar nicht in der Lage sein, diese Arbeitskräfte in absehbarer Zeit wieder aufnehmen zu können, weil ihnen die Wiedereingangszeit ihrer Betriebe zur gänzlichen Unmöglichkeit gemacht worden sei dadurch, daß man ihnen die Hauptantriebsriemen, alsdann auch sämtliche anderen Treibriemen genommen habe.

Insofern bedeute die weitere Stilllegung auch während der Uebergangszeit der jetzt in der Kriegszeit schon stillgelegten Betriebe die Protlosmachung von Hunderttausenden von Textilarbeitern. In solchen Folgeerscheinungen dürfe es die Reichsleitung wohl nicht erst kommen lassen.

Jeder Industrielle sei bereit, einen Teil seiner Riemenbestände gern abzugeben, wenn er nur in dem ihm verbleibenden Restbestand die bestimmte Möglichkeit erblicken kann, seinen zwar schon zum Teil zerstörten Betrieb wenigstens teilweise wieder aufnehmen und seine Arbeiter wieder einstellen zu können.

Der „Textilarbeiter“ betont im Anschluß an die Eingabe, daß die Treibriemenwegnahme im ganzen Reich eine ungeheure Aufregung hervorgerufen habe. Nicht nur die Arbeiterschaft gerate ins Verderben, wenn die Mehrzahl der Textilbetriebe ruiniert werde, sondern auch die Geschäftsleute der Orte, in denen die Textilindustrie dominiere. Und das nur, weil es einfacher sei, Riemen wegzunehmen, als die Organisation geeigneten Ersatzes rechtzeitig und ausgiebig in die Wege zu leiten.

Die Lohnbewegung in der Haarnutbranche.

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Verbandes der Hutarbeiter und des Arbeitgeberverbandes in der Hutindustrie haben zu folgender Vereinbarung geführt:

Unter Wegfall der bisherigen Teuerungszulagen sollen ab 17. Juni 1918 auch an Heimarbeiter auf die gegenwärtigen Löhne bezahlt werden bei einem Wochenverdienst bis 15 M. 60 Proz., von 15—20 M. 50 Proz., von 20—25 M. 45 Proz., von 25—30 M. 40 Proz., von 30—35 M. 35 Proz., von 35—40 M. 30 Proz., von 40—45 M. 25 Proz., von 45—50 M. 20 Proz., von 50—60 M. 15 Proz., von 60—80 M. 10 Proz., über 80 M. 5 Proz. Jugendliche unter 16 Jahren erhalten, wenn sie auf Stundenlohn usw. beschäftigt sind, 25 Proz. Zulage, arbeiten sie auf Stück, erhalten sie dieselben Zulagen wie die Erwachsenen.

Stückarbeitern, die in ihrer Abteilung auf Stundenlohn arbeiten müssen, ist der Stundenlohn nach ihrem Stücklohnverdienst zu bez. rechnen — oder es ist für Partien, die sich schwer arbeiten lassen, auf den Stücklohn soviel Zuschuß zu zahlen, daß der Arbeiter keine Einbuße hat.

Die Einstellungslohne sind von den Schlichtungskommissionen, Ausschüssen usw. örtlich zu regeln.

Die Gewährung eines Extrazuschlages für Berlin bleibt der örtlichen Regelung überlassen.

Die Arbeiterinnen erhalten die gleichen Stücklöhne wie die Arbeiter. Das Nähharn wird den Garnierern kostenlos geliefert.

Die Teuerungszulagen sind in jeder Kalender- oder Lohnwoche nach dem erzielten Wochenverdienst zu berechnen.

Das Recht, bei vermehrter oder schwieriger Arbeitsleistung, ungenügender Bezahlung für einen Artikel für Einzelpersonen oder Einzelabteilungen Lohnforderungen zu stellen, wird durch die vorstehenden Punkte nicht berührt.

Die sonstigen Vereinbarungen sind gleich den früheren, neu kommt hinzu: Die Verbandsmitglieder haben die gemeinsamen Einrichtungen (Schlichtungskommissionen) zu respektieren; gegen Zuwiderhandelnde hat der Verband energisch einzuschreiten.

Jeder Veränderung der Teuerungszulagen muß eine gegenseitige vierteljährliche Auffündigung des Vertrages vorausgehen.

Die Zulage beträgt gegenüber 1917 10 bis 15 Prozent. Sie wird, wie das Verbandsorgan „Korrespondent“ in seiner neuesten Nummer mitteilt, von der Arbeiterschaft als viel zu niedrig angesehen. Die Unternehmer haben die Forderung der Verbandsleitung, durchgängig 25 Prozent Lohnzulage zu gewähren, rundweg abgelehnt. Wenn nun trotz aller Opposition über die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse die Vereinbarung die Zustimmung der Hutarbeiter erhalten hat, so deshalb, weil die Zugeständnisse der weiblichen Mitglieder, die den Vereinbarungen ihre Zustimmung gegeben haben, nicht gefährdet werden sollen.

Parteinachrichten.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Hamm-Soest hielt seine Generalversammlung in Ramen ab. Der Verein hat seinen Mitgliederstand nicht nur gehalten, sondern sogar vermehren können. Nach den Beiträgen sind 988 Mitglieder vorhanden; außerdem stehen etwa 600 im Felde. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt 280. Die Arbeiterpresse wie die Jugendbewegung haben sehr gute Fortschritte gemacht: 587 Zeiter auf die „Arbeiterjugend“ sind im Kreise. Der Kassenbestand beläuft sich auf 8172 M. Die Beiträge der männlichen Mitglieder stiegen um 83 Proz., die der weiblichen um 25 Proz. Die Generalversammlung beschloß die Erhöhung der Beiträge von 30 auf 60 Pf. für den Monat. Als Landtagskandidaten wurden Gewerkschaftssekretär Sterroh (Hamm) und Gewerkschaftssekretär Friedrich (Dortmund) aufgestellt; der erstere wurde auch zum Kreisleiter bestimmt. Nach einem Vertrage des Reichstagsabg. M. König über „Das Reich und die Wahlrechtsfrage“ wurden Entschlüsse gegen die Lebensmittelerhöhung, die indirekte Besteuerung und für das gleiche Wahlrecht einstimmig angenommen.

Der in der Jahreshauptversammlung der Kölner Parteiorganisation erstattete Bericht des Parteisekretärs Runge zeigt, daß der Parteiverein im vergangenen Jahre den Tiefstand überwinden hat und erhebliche Fortschritte macht. Am 31. März d. J. waren 2881 (1961 männliche und 730 weibliche) Mitglieder vorhanden. Eingezogen sind, soweit Meldungen vorliegen, 3894 Genossen. Die Wirkungen des Krieges auf die Organisation werden durch folgenden Vergleich des letzten Jahres gezeigt:

	1918/14	1918/17	1917/18
An Eintrittsmarken . . .	846,60 M.	51,80 M.	892,40 M.
„ Beitragsmarken . . .	87 427,90	9 459,80	18 418,45
„ Wahlfondsmarken . . .	4 820,60	1 047,60	1 567,85
„ Duplikate . . .	29,10	5,70	13,80
„ Literatur . . .	2 124,85	625,80	933,77
„ Verflg.-Einnahmen . . .	925, —	—	648,02
„ Sammelkisten . . .	—	—	2 815,04
„ Sonstige Einnahmen . . .	4 298,50	41 98,88	5 418,18
	50 497,55 M.	15 877,08 M.	25 092,46 M.

Also auf der ganzen Linie beträchtliche Besserung gegen das Vorjahr. Das Vermögen des Vereins beträgt 32 895 M.

Die Bewegung der Unabhängigen hat in Köln noch keine Bedeutung erlangen können.

In der Aussprache regte Solmann an, ein System von Fabrikvertrauensleuten zu schaffen. Die Diskussion verlief im allgemeinen zustimmend.

Einen Geschäftsbericht, der von einer geradezu glänzenden Entwicklung des Parteiblattes zeugte, erstattete Genosse Gilsbach. Die „Abeinige Zeitung“ hatte im Jahre 1918 mit einem Rückgang von 3300 gegenüber der Friedensausgabe ihren tiefsten Stand erreicht. Seitdem steigt die Bezugszahl unaußfallig, im letzten Geschäftsjahre beträgt der Zuwachs 18 000. Der Straßenverkauf ist im Durchschnitt 6000, steigt aber bis auf 8000. Es muß häufig rationiert werden. 6000 Zeitungen gehen täglich ins Feld. Die Einnahme aus Abonnements ist um 180 000 M. gestiegen. Das Abonnementgeld wurde von 80 Pf. auf 1 M. und dann auf 1,20 M. erhöht. Die Inserateinnahmen stiegen um 41 000 M. und übersteigen nun das Geschäftsjahr im Frieden. Der Preis pro Seite wurde von 20 auf 25 Pf. erhöht. Die Inseratenpalte wurde zweimal vergrößert und ist jetzt 8. Schriftgr. Kolonell. Der Vorsitzende der Preßkommission Eypenbach dankte dem Verlag, der Redaktion, der Expedition und dem gesamten Personal für das einträgliche Zusammenwirken, dem diese Erfolge zu danken seien. Das Partei-geschäft ist auch seinen sozialen Pflichten gegen das Gesamtpersonal nachgekommen. Klein für Löhne sind 68 700 M. mehr aufgewendet worden als im Vorjahre.

Soziales.

Zur Kertzebewegung.

Eisenach, im Juni.

Am Sonnabend lagte hier der Verband der Kertze Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, der bekannte Leipziger Verband, und am Sonntag der Deutsche Kertzevereinsbund. Hauptredner auf beiden Tagungen waren die Herren Hartmann und Streffer vom Leipziger Verband, und in den Vorträgen spielten die Krankenkassen und das Verhältnis der Kertze zu ihnen die Hauptrolle. Es wurde insbesondere betont, daß, wenn auch einzelne Kassenärzte („Kassenlöwen“) durch ungeheure Ueberarbeit und auch tabellarischen Betrieb im Kriege viel verdienen, die große Masse der daheim tätigen Kertze unter dem Krieg schwer litten. Für selbsthilfserische Unterstützungsfaktionen wurden über 7 Millionen Mark zentral und etwa ebensoviel noch örtlich aufgebracht. Die neue Altersgulgasse entwickelt sich gut, eine Witwenversorgung soll eingeführt werden, daneben besteht eine große Hilfskasse.

Die Verhandlungen des Leipziger Verbandes waren größtenteils vertraulich. Auf dem öffentlichen Kertzetag am Sonntag wurden nach lebhafter Debatte, auf die eingezogene die Papiernot verbietet, folgende Beschlüsse gefaßt. Nach einer Dankagung für alle Arbeit zur Aus- und Fortbildung der Kertzeärzte, sowie zur wirtschaftlichen Förderung der Heimat- und Heeresärzte werden Maßnahmen für die Uebergangszeit gefordert: Rücksichtnahme auf die älteren, verheirateten Kertze und Familienväter, sowie auf die Dauer der Eingehung, bei der Demobilisierung und Reihenfolge der Entlassung, Bereitstellung militärischer Stellen am Heimatsort für die zurückkehrenden Kertze, Offenhaltung der Kasse aller Krankenhausaussienstellen für diese, Schaffung geeigneter und kostenloser wissenschaftlicher Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für die Feldärzte, Fürsorge für kriegsbefähigte Kertze, Freigabe von ärztlichen Bedarfgegenständen, Fiebern, Autos, Gummireifen bei der Demobilisierung zu Enteisungszwecken ohne Zwischenhandel, Jugänglichmachung der Kriegshilfskassen, Beschränkung des Studiums von Ausländern an deutschen Medizinischen Fakultäten und der Niederlassung ausländischer Kur- und Badeärzte in dem wiederholt geforderten Maße. Ferner sollen in allen ärztlichen Wartezimmern Aufforderungen an das Publikum ausgehängt werden, dem etwa vor dem Krieg in Anspruch genommenen und seither eingezogenen Arzt das Vertrauen bei seiner Rückkehr wieder zuzuwenden.

Ueber die Notwendigkeit einer Ergänzungsausbildung der not-approbierten Kertze im Interesse der Volksgesundheit und der Bevölkerungspolitik hatte Sardaemann-Warburg ein Referat erstattet.

Auf Grund eines Referats von Streffer-Weißig und der anschließenden regen Aussprache wurden folgende Beschlüsse gefaßt: „Der Kertzetag hält eine Erhöhung der Grenzen für die Versicherungspflicht und die Versicherungsberechtigung (§§ 165, 178, 314 R.V.O.) oder gar eine völlig unbegrenzte Versicherungs-berechtigung, wie sie von den im Reichstag eingebrachten Anträgen (des Zentrums und der Sozialdemokratie, Am. d. Ver.) beabsichtigt wird, nicht für notwendig und im Rahmen der jetzigen kassenärztlichen Verträge für unvereinbar mit den idealen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen des ärztlichen Standes und erhebt deshalb entschiedenen Widerspruch dagegen. Findet trotzdem gegen die gewissenhafte Ueberzeugung der deutschen Kertzeschaft eine Erweiterung des Kreises der Versicherten statt und wird damit die freie ärztliche Berufstätigkeit weiter eingeschränkt, dann muß die freie Zulassung zur kassenärztlichen Entschädigung auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden. Unter diesen Voraussetzungen erklärt sich der Kertzetag damit einverstanden, daß die vielfach jetzt schon gewährte Krankenpflege an versicherungsfreie Familienmitglieder der Versicherten (§ 206 R.V.O.) zur Erhaltung und Stärkung der Volksgesundheit und Volkskraft unter die Regelleistungen der Krankenkassen aufgenommen wird. Für den Fall, daß die Krankenversicherung in dem geplanten Sinne ausgedehnt wird, wird der Vorstand des Verbandes der Kertze Deutschlands beauftragt, eine Normtabelle festzustellen, die die Mindestgrenze dessen darzustellen soll, was die deutschen Kertze als Entlohnung für kassenärztliche Tätigkeit fordern müssen.“

Die von unserer Reichstagsfraktion geforderte Ausdehnung der Versicherungsleistungen ist in den Zeitverhältnissen so begründet, daß wir kein Wort der Verteidigung derselben zu sagen brauchen. Daß die Kertze dagegen sind, ist ja bekannt. Soziale Interessen kommen für ihre wirtschaftliche Organisation nur insoweit in Betracht, als dieser davon ein Vorteil erwächst.

„Fette Brüden.“

In den vom preussischen Kriegsministerium herausgegebenen „Anstellungs-Nachrichten“ — Amtliche Mitteilungen für kriegsbefähigte oder versorgungsberechtigte Militärpersonen und für Hinterbliebene von Heeresangehörigen — sind für die verschiedensten Arten von Anstellungen versorgungsberechtigte Stellenangebote zu finden. In der Nr. 113 dieser „Anstellungs-Nachrichten“ sind unter der Rubrik: „Stellenangebote für Kriegsbefähigte“ eine Fülle dieser „einträglichen“ Lebensstellungen zu finden, von denen einige hier wiedergegeben werden sollen:

Gemeindevorstand Lech (Spreewald) sucht sofort einen Gemeindevorsteher. Bewerber muß im Besitz gesunder Kräfte und auch gut zu Fuß sein. Erwünscht ist Kenntnis aller bei einer Gemeinde vorkommenden schriftlichen Arbeiten. Jahresgehalt: 1000 Mark. Kriegsbefähigte werden bevorzugt.

Archivar mit volkwirtschaftlichem und politischem Verständnis, der das Archiv selbst in Ordnung zu halten und die Bibliothek zu verwalten hat, für unser Reichsarchiv gesucht. Gehalt einschließlich Teuerungszulage nicht ganz 200 Mark monatlich. Einzelvertragsverein Berlin W. 9, Köthener Str. 28/29.

Für die häusliche Gasanlage suchen wir zum baldigen Eintritt einen Rechnungsführer, welcher später die Führung der elektrischen- und Wasserwerkrechnung zu übernehmen hat. Probezeit 3 Monate, danach Anstellung gegen beiderseitige vierteljährliche Kündigung. Gehalt 200 M. monatlich. Bewerbungen nebst ausführlichem Lebenslauf und Zeugnissen sind bis zum 1. Mai d. J. einzureichen. Bewerber, auch Kriegsbefähigte, welche in ähnlicher Stellung tätig gewesen sind, werden bevorzugt. Der Magistrat, Rothheim (Hannover).

Für unsere Stadtparke sucht zum sofortigen Eintritt ein tüchtiger Gegenbuchführer gesucht. Das Einkommen beträgt vorläufig 1200 M. und wird bei befriedigender Arbeit nach und nach erhöht werden. Die Anstellung erfolgt zunächst auf Probe mit gegenseitiger halbjähriger Kündigung, später auf Lebenszeit. Bewerber muß eine Kaution von 1000 M. hinterlegen und im Rechnen und Schreiben tüchtig sein. Die Stelle eignet sich besonders für Kriegsbefähigte mit Verlust eines Beines. Bewerber mit Zivildienstverpflichtung oder Anstellungsschein werden bevorzugt. Bewerbungsverfahren mit Lebenslauf und Zeugnissen sind bis zum 10. Mai d. J. bei uns einzureichen. Der Magistrat, Elbhausen.

Solche „fürsichtigen“ Gehälter in der jetzigen teuren Zeit den Kriegsbefähigten anzubieten, ist der Gipfel sozialer Verstandlosigkeiten. Hier wird offensichtlich bei der Gehaltsfestsetzung auf die Renten Bedacht genommen, denn sonst könnte man derartige Hungerlöhne nicht anbieten. Wo bleiben da alle die schönen Verprechungen an unsere tapferen Feldgrauen, wenn Behörden schon jetzt solche enormen Gehälter zahlen und das für Stellen, die ein bestimmtes Maß von Bildung und Wissen voraussetzen. Was soll da erst nach dem Kriege werden? Hier bleibt noch eine Riesensache für die Gewerkschaften. Aber auch die geschehenden Körperarbeiten in Staat und Kommune sollten Vorbehalten werden, daß Lohnbrüder nicht vorkommen.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schulz, Reinhold; für Anzeigen: Theodor Glode, Berlin. Verlags-Bureau: Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. **Stier 1. Beilage und Unterhaltungsblatt.**